

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

| | |
|---|----|
| Breite Zustimmung für Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen | 1 |
| Schwedische Regierungskommission zieht umfassende Wohlfahrtsbilanz für die 1990er-Jahre | 6 |
| Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 31. Kongress der DGS in Leipzig | 7 |
| Soziale Durchlässigkeit in Westdeutschland gestiegen | 8 |
| Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen | 12 |
| 5th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies in Frankfurt a.M. | 16 |

Breite Zustimmung für Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen

Einstellungen zur Alterssicherung im europäischen Vergleich

Die Notwendigkeit der Reform der sozialen Sicherungssysteme, darunter auch und vor allem der Alterssicherung, ist unbestritten und steht in nahezu allen westlichen Wohlfahrtsstaaten auf der politischen Tagesordnung. Die Reformdiskussion wird jedoch weitgehend als eine Diskussion unter den Experten und politischen Eliten geführt. Relativ vernachlässigt wird in dieser Diskussion - und auch in der Forschung - die „subjektive Komponente“ der sozialen Sicherung, d.h. die Perspektive der Adressaten der sozialpolitischen Maßnahmen. Doch liegt es auf der Hand, dass die Akzeptanz einer bestimmten sozialpolitischen Reformkonzeption in der (Wahl-)Bevölkerung sowohl für ihre politische Durchsetzungsfähigkeit als auch für ihre längerfristige Tragfähigkeit von erheblicher Bedeutung ist. Hierzu gehören etwa Fragen nach der Zufriedenheit mit dem existierenden Alterssicherungssystem und dem Vertrauen in die entsprechenden Institutionen sowie nach der Beurteilung möglicher Alternativen und Reformvorschläge. Wichtig sind vor allem auch die solchen Bewertungen zu Grunde liegenden Gerechtigkeitsvorstellungen. Fragen, die sich für die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung stellen, sind u.a. inwieweit sich die Erwartungen der Bürger in den Mitgliedsstaaten der EU an ein „gutes“ Alterssicherungssystem voneinander unterscheiden oder einander eher ähnlich sind und ob die aus historischen Gründen unterschiedlich strukturierten Alterssicherungssysteme noch den Erwartungen und Wertorientierungen der heutigen Bevölkerung entsprechen.

Eine europaweite Eurobarometer-Repräsentativbefragung vom Herbst 2001 erlaubt es, solche und ähnliche Fragen nun auf der Basis vergleichbarer Daten empirisch zu untersuchen¹. Gegenstand der Befragung sind vor allem zwei Aspekte, die für die künftige Alterssicherungspolitik von großem Interesse sein dürften: Einstellungen zu Zielen und Prinzipien der Alterssicherung und Meinungen zu spezifischen Reformvorschlägen, insbesondere zur Behebung der Finanzierungsprobleme in der Alterssicherung. Dazu werden im Folgenden exemplarisch einige zentrale Befunde präsentiert.

Um die Einstellungen zu Zielen und Prinzipien der Alterssicherung zu ermitteln, wurde den Befragten eine Reihe von normativen Aussagen vorgegeben, zu denen sie ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern sollten. Diese State-

ments sollten einerseits verschiedene, öffentlich diskutierte Reformvorstellungen reflektieren, andererseits aber umgangssprachlich so formuliert sein, dass sie unabhängig vom jeweiligen institutionellen Kontext der Alterssicherung eines Landes verstanden werden können.

Tabelle 1 gibt diese Statements im Wortlaut wieder und fasst zugleich die wichtigsten Ergebnisse für Deutschland und für die Gesamtheit der Mitgliedsländer der Europäischen Union zusammen. Die Fragen können in vier thematische Gruppen untergliedert werden:

– Fragen, die auf die zentralen verteilungspolitischen Zieldimensionen von Alterssicherungssystemen gerichtet sind: die Vermeidung von Armut im Alter, die Sicherung des erreichten bzw. eines angemessenen Le-

Tabelle 1: Einstellungen zu Zielen und Prinzipien von Rentensystemen

| | Deutschland | | EU 15 | |
|---|-------------------|-------------------|---------------------|-------------------|
| | Starke Zustimmung | Starke Zustimmung | Schwache Zustimmung | Zustimmung gesamt |
| | in % | | | |
| (1) Mindestrente | 46 | 55 | 35 | 90 |
| (2) Schutz vor Armut | 47 | 52 | 41 | 92 |
| (3) Angem. Lebensstandard | 42 | 46 | 42 | 88 |
| (4) Größere Gleichheit | 25 | 37 | 47 | 84 |
| (5) Erwerbstätige für Lebensstandard der Älteren sorgen | 26 | 34 | 47 | 81 |
| (6) Alle Beschäftigten einzahlen | 37 | 38 | 38 | 76 |
| (7) Priv. Vorkehrungen dem Einzelnen überlassen | 23 | 36 | 38 | 74 |
| (8) Höhe der Rente nach Einzahlung | 26 | 24 | 39 | 63 |
| (9) Staatliche Hilfe bei zu geringer Einzahlung | 24 | 33 | 45 | 78 |
| (10) Frauen: höhere Beiträge | 3 | 4 | 9 | 13 |
| (11) Witwenrente f. gleichgeschl. Paare | 12 | 24 | 31 | 54 |

Datenbasis: Eurobarometer 56.2 (2001); (1) Eine garantierte Mindestrente sollte ein grundlegendes soziales Recht eines jeden Bürgers sein. (2) Die Hauptaufgabe einer guten Altersvorsorge sollte sein, die älteren Menschen vor dem Risiko der Armut zu schützen. (3) Eine gute Altersvorsorge sollte jedem einen angemessenen Lebensstandard im Verhältnis zu seinem Einkommen vor dem Ruhestand ermöglichen. (4) Eine gute Altersvorsorge sollte zu einer größeren Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen. (5) Diejenigen, die derzeit arbeiten, haben eine Pflicht, durch ihre Steuern und Abgaben für einen angemessenen Lebensstandard der Älteren zu sorgen. (6) Es sollte für alle Beschäftigten, gleichgültig ob angestellt oder selbständig, eine Verpflichtung geben, in eine Altersvorsorge einzuzahlen. (7) Es sollte vollkommen dem Einzelnen überlassen bleiben, ob er / sie zusätzlich private Vorkehrungen für das Alter trifft. (8) Die Höhe der Rente sollte sich streng danach richten, wie viel man in die Altersvorsorge eingezahlt hat. (9) Menschen, die nicht genug zur Altersvorsorge einzahlen können (z.B. Arbeitslose oder Menschen mit niedrigem Einkommen) sollten extra Hilfe vom Staat für das Alter bekommen. (10) Frauen sollten höhere Beiträge zur Altersvorsorge zahlen, weil sie länger leben. (11) Gleichgeschlechtliche Paare sollten das Recht auf eine Witwenrente haben als ob sie mit einem Partner des anderen Geschlechts zusammen gelebt hätten.

bensstandards und die Reduzierung von Einkommens- und Versorgungsungleichheiten im Alter. Die folgende Diskussion wird sich vor allem auf diese Verteilungszielsetzungen konzentrieren.

- Grundlegende Prinzipien der Alterssicherung, in denen jedoch nicht explizit die Verteilung von Ressourcen angesprochen wird: die Idee des „Generationenvertrags“ bzw. der Gerechtigkeit zwischen den Generationen; der verpflichtende Charakter eines Altersvorsorgesystems, verbunden mit der Frage der Universalität eines solchen Systems; und schließlich die Frage nach dem Raum für freiwillige private Vorsorge.
- Fragen, welche die relative Bedeutung und Legitimationskraft von zwei konkurrierenden Prinzipien in der Konstruktion von Sozialversicherungssystemen betreffen: das Äquivalenz- und das Solidarprinzip.
- Fragen, die sich auf jüngere Debatten über die Universalität von Rechtsansprüchen in Bezug auf die Gleichbehandlung der Geschlechter und sexuelle Präferenzen beziehen.

Höchste Zustimmung für garantierte Mindestrente

Der allgemeine Eindruck ist, dass es in den Ländern der EU ein erstaunlich hohes Maß an Zustimmung zu den meisten Statements gibt. In Deutschland ist die Zustimmung meist etwas geringer, doch die Prioritäten sind in der Tendenz recht ähnlich. Dennoch gibt es erkennbare Unterschiede im Ausmaß und der Intensität der Zustimmung zu einzelnen Statements, wenn man etwa nach starker und schwacher Zustimmung unterscheidet².

Unter den zentralen verteilungspolitischen Zielsetzungen erhielt europaweit die Forderung „Eine garantierte Mindestrente sollte ein grundlegendes soziales Recht eines jeden Bürgers sein“ die meiste Zustimmung (55%), gefolgt von dem Vorschlag „Die Hauptaufgabe einer guten Altersvorsorge sollte sein, die älteren Menschen vor dem Risiko der Armut zu schützen“ (52%). Während die erste Formulierung auf den Charakter eines sozialen Grundrechts abstellt, betont die zweite die soziale Schutzfunktion der Alterssicherung. Keine der beiden Formulierungen impliziert indes, dass die staatliche Verantwortung in Bezug auf die Alterssicherung sich auf die Ge-

währleistung einer Mindestsicherung als Schutz gegen Armut beschränken sollte.

Das wird auch dadurch unterstrichen, dass ein ähnlich hoher Prozentsatz der Bürger (46%) fordert „Eine gute Altersvorsorge sollte jedem einen angemessenen Lebensstandard im Verhältnis zu seinem Einkommen vor dem Ruhestand ermöglichen“, d.h. sie sollte den relativen sozialen Status sichern, den sie sich während des Erwerbslebens erworben haben. In der Theorie besteht zwar ein Gegensatz, zumindest ein Spannungsverhältnis, zwischen dem Ziel der Armutsvermeidung (welches eine Reduzierung von Ungleichheiten impliziert) und dem einer Sicherung des erreichten Lebensstandards (welches eine Fortdauer von Ungleichheiten impliziert). Auch historisch haben diese beiden gegensätzlichen Zielsetzungen konträren Modellen der sozialen Sicherung zu Grunde gelegen: dem Bismarck'schen und dem Beveridge-Modell. Die empirischen Befragungsergebnisse für die Gegenwart zeigen indes, dass beide Ziele ein hohes Maß an Zustimmung für sich beanspruchen können und daher - in der Wahrnehmung der meisten Bürger - gleichzeitig verfolgt werden sollten. Selbst in Deutschland, wo in der gesetzlichen Rentenversicherung das Ziel der Lebensstandardsicherung fest institutionalisiert ist, finden die Forderungen nach einer Mindestrente und dem Schutz vor Armut im Alter noch etwas breitere Unterstützung.

Die Forderung „Eine gute Altersvorsorge sollte zu einer größeren Gleichheit der Einkommen und Lebensbedingungen unter den Älteren beitragen“ erreicht ebenfalls ein hohes Maß an Zustimmung, obwohl eine etwas geringere als die zuerst genannten Zielsetzungen. Es ist in diesem Zusammenhang aber darauf hinzuweisen, dass die gleichzeitige Verfolgung der Ziele der Armutsvermeidung und der Lebensstandardsicherung notwendigerweise erfordert, dass Einkommensungleichheiten die während des Erwerbslebens existierten, in der Ruhestandsphase zu einem gewissen Grade reduziert werden. Denn die reine Reproduktion der Muster der Einkommensungleichheit auf einem niedrigeren Niveau würde das Ziel der Armutsvermeidung verletzen.

Eine weitere Thematik berührt zwei miteinander verbundene Aspekte öffentlicher Alterssicherungssysteme. Zum einen wird die Idee der Solidarität zwischen den Generationen als eine moralische Verpflichtung angesprochen. Zum anderen wird die Unterstützung für eine Umlagefinanzierung der Renten zum Ausdruck gebracht, denn in einem kapitalgedeckten System würden die Beitragszahler nicht den Lebensstandard der jetzigen Rentnergeneration sichern, sondern die Ressourcen für ihre eigenen späteren Renten akkumulieren. Im Gegensatz zu dem Eindruck, den die Diskussion unter den sogenannten Experten und in den Medien hinterlässt, werden die Idee des Generationenvertrages und der Umlagefinanzierung immer noch von einer großen Mehrheit der Bürger akzeptiert (insgesamt 81%), obwohl der Anteil der „starken Befürworter“ etwas geringer ist (34%) als für die

oben angesprochenen Verteilungszielsetzungen. Dies deutet darauf hin, dass diese Ideen nicht mehr als die alleinigen Prinzipien angesehen werden, sondern durch andere Prinzipien und Formen der Altersvorsorge ergänzt werden sollten.

In der Tat unterstützt ein ähnlich hoher Prozentsatz die Forderung „Es sollte vollkommen dem Einzelnen überlassen bleiben, ob er / sie zusätzlich private Vorkehrungen für das Alter trifft“ (36%). Um Missverständnisse zu vermeiden, ist allerdings darauf hinzuweisen, dass hier von „zusätzlichen privaten Vorkehrungen“ die Rede ist, die öffentliche Regelsicherungssysteme voraussetzen und auf ihnen aufbauen. Darüber hinaus gibt es eine bemerkenswert starke Unterstützung für das Prinzip einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen (38%), die nicht zwischen verschiedenen Berufskategorien differenzieren, in diesem Sinne universalistisch ausgerichtet sein sollte.

Das Ziel der Sicherung des erworbenen Lebensstandards wird oft so interpretiert, als sei es identisch mit dem Versicherungsprinzip. Einkommensbezogene Renten sollten durch Beiträge finanziert werden, so wird gesagt, und die Leistungsansprüche sollten möglichst eng mit den Beitragszahlungen verknüpft sein. Die Befragungsergebnisse zeigen jedoch, dass es - in der Wahrnehmung der Bürger - nicht gerechtfertigt ist, das Ziel der Lebensstandard-sicherung mit der Akzeptanz des Äquivalenzprinzips gleichzusetzen. Eine beträchtlich geringere Zahl von Bürgern stimmt dem letztgenannten Prinzip in seiner strengen Form zu (24%). Aber eine größere Zahl (33%) ist der

Meinung, dass „Menschen, die nicht genug zur Altersvorsorge einzahlen können, extra Hilfe vom Staat für das Alter bekommen“ sollten. Es ist offensichtlich, dass durch solche staatlichen Zuschüsse bzw. Ausgleichszahlungen die enge Beitrags-Leistungs-Verknüpfung gelockert wird. Deutschland ist eines der wenigen Länder, wo sich die Anhänger einer strengen Beitragsorientierung und diejenigen, die für bestimmte Personengruppen Ausnahmen von diesem Prinzip befürworten, in etwa die Waage halten.

Diese Ergebnisse können m.E. so interpretiert werden, dass die Bürger dem substantiellen Ziel der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards einen höheren Wert beimessen als der formalen Versicherungslogik. Anders ausgedrückt: Um das substantielle Ziel zu erreichen, erscheint es gerechtfertigt, vom reinen versicherungstechnischen Äquivalenzdenken abzuweichen und eine maßvolle „solidarische“ Einkommensumverteilung zu akzeptieren. Wohlgemerkt: diese Argumentation ist voll vereinbar mit den Strukturprinzipien der Sozialversicherung, im Unterschied zu denen der Privatversicherung.

Die beiden Statements zur Frage der Universalität von Ansprüchen sind in stärkerem Maße kontrovers. Der Vorschlag „Frauen sollten höhere Beiträge zur Altersvorsorge zahlen, weil sie länger leben“ ist in der Tat derjenige, der die geringste Zustimmung erfuhr (insgesamt nur 13%), d.h. von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Dies verwundert in gewisser Hinsicht, denn dieser

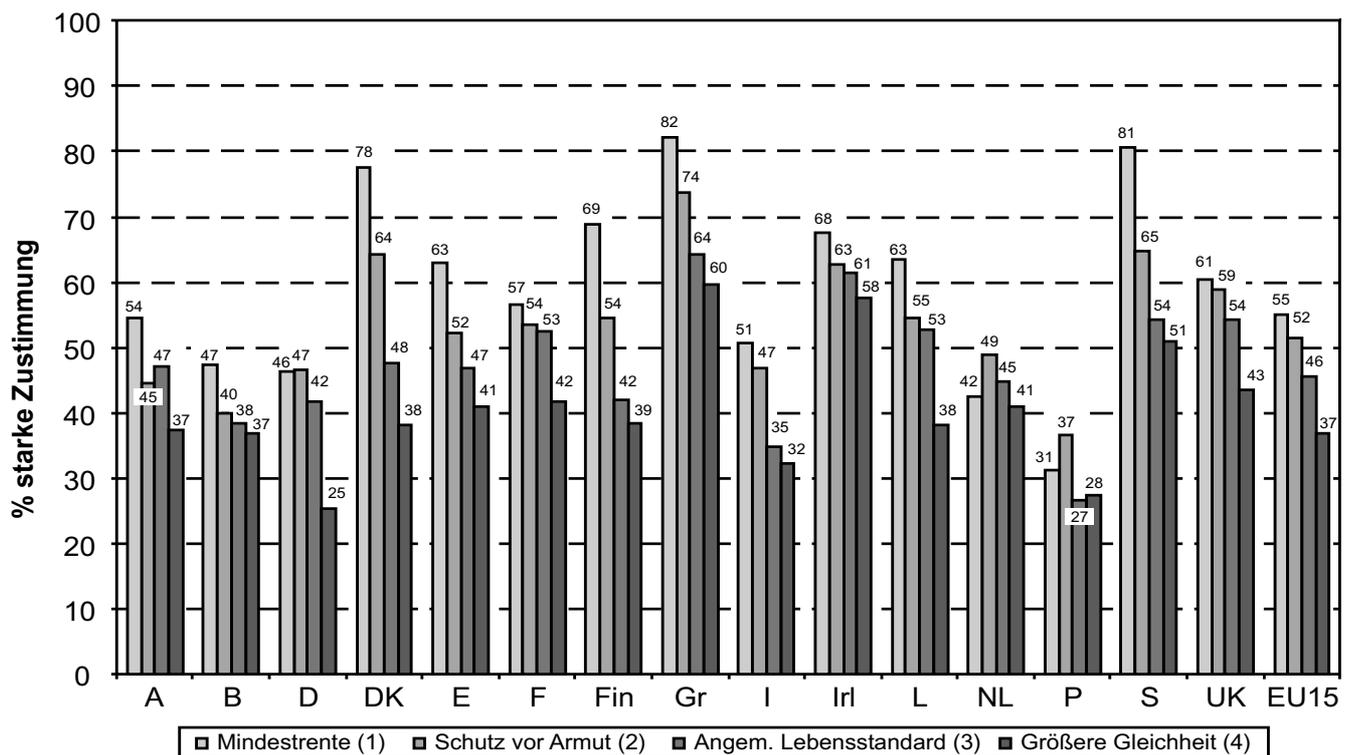
Vorschlag entspricht voll der Äquivalenzlogik, die in der privaten Lebensversicherung angewendet wird (durch Prämien-differenzierung zwischen Männern und Frauen infolge der unterschiedlichen Lebenserwartung). Die starke Ablehnung einer solchen geschlechtsspezifischen Beitragdifferenzierung kann daher als Unterstützung für das Prinzip eines breiteren Risikoausgleichs interpretiert werden², wie es im Allgemeinen der Konstruktion von Sozialversicherungssystemen zu Grunde liegt.

Die Frage, ob „gleichgeschlechtliche Paare das Recht auf eine Witwenrente haben (sollten), als ob sie mit einem Partner des anderen Geschlechts zusammen gelebt hätten“, stellt sich als die umstrittenste heraus. Bei einer leichten Mehrheit für diese Aussage in der EU-Bevölkerung als Ganzes stimmten nur 24% dieser Aussage stark zu, während 15% sie stark ablehnten. Ferner sind bei dieser Frage die internationalen Unterschiede stärker ausgeprägt als bei den meisten anderen Fragen. Während in einigen Ländern (Dänemark, Schweden, den Niederlanden) diese liberale Ansicht von mehr als 40% stark unterstützt wird, übertrifft in einigen anderen Ländern (Finnland, Deutschland, Italien, Portugal) die Zahl der überzeugten Gegner die der überzeugten Anhänger.

In den meisten Ländern gleiche Reihenfolge der Ziele

Generell fällt es nicht leicht, im internationalen Vergleich der Einstellungen zur Alterssicherung ein gemeinsames Muster zu erkennen. Das Antwortverhalten in den verschiedenen

Graphik 1: Unterstützung für Verteilungsziele der Alterssicherung nach Ländern



Datenbasis: Eurobarometer 56.2 (2001); detaillierte Frageformulierungen vgl. Tab. 1.

Ländern scheint stark kulturell geprägt zu sein. In einigen Ländern tendieren die Menschen dazu, sich stark für oder gegen einen bestimmten Vorschlag auszusprechen, während sie in anderen Ländern mehr zu den mittleren, weniger eindeutigen Antwortkategorien neigen⁴. Deshalb erscheint es in diesem Zusammenhang sinnvoller, die Länder nicht direkt hinsichtlich der Zustimmungsraten zu bestimmten Statements miteinander zu vergleichen, sondern für jedes Land gesondert die Reihenfolge, die relativen Prioritäten bezüglich der verschiedenen Ziele bzw. Prinzipien zu ermitteln (vgl. Graphik 1).

In Bezug auf die oben diskutierten vier verteilungspolitischen Zieldimensionen lässt sich auf diese Weise feststellen, dass die für die EU insgesamt ermittelte Rangfolge der Ziele auch für 11 der 15 Mitgliedsländer bestätigt werden kann:

- garantierte Mindestrente
- Schutz gegen Armut im Alter
- Sicherung des relativen Lebensstandards
- größere Gleichheit unter den Älteren.

Die vier „Ausnahmen von der Regel“ sind die folgenden:

In Deutschland genießen die ersten beiden Ziele ungefähr die gleiche Zustimmung. Da die Zustimmung zu diesen Zielen aber auch in einer Reihe anderer Länder recht ähnlich ist, ist Deutschland eigentlich kein wirklich „abweichender Fall“.

In Österreich findet das Ziel der relativen Lebensstandardsicherung ein wenig mehr Unterstützung als das der Armutsvermeidung im Alter. Aber auch hier ist das Ziel einer garantierten Mindestrente das populärste.

In Portugal ist das Ziel der Armutsvermeidung das primäre Ziel der Alterssicherung, und die Reduzierung der Einkommensungleichheit unter den Älteren gilt als gleich wichtig wie die Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards.

Die Niederlande weichen insofern vom allgemeinen europäischen Muster ab, als hier das Recht auf eine garantierte Mindestrente erst den dritten Platz einnimmt, hinter den Zielen der Armutsvermeidung und der Lebensstandardsicherung. Dieses Ergebnis ist umso überraschender, als die Niederlande ein Volkrentensystem institutionalisiert haben, das einer Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung sehr nahe kommt. Es steht auch in auffälligem Kontrast zu den skandinavischen Ländern, wo die Institutionalisierung eines sozialen Grundrechts auf eine Mindestrente als das bei weitem wichtigste Ziel angesehen wird.

Alter und politische Orientierung haben nur relativ geringen Einfluss auf Verteilungszielsetzungen

Bezüglich der sozialen Strukturierung der Einstellungen zur Alterssicherung kann angenom-

Tabelle 2: Unterstützung für Verteilungsziele nach Alter und Politischer Orientierung

| | Mindestrente (1) | Armutschutz (2) | Lebensstandard (3) | Gleichheit (4) |
|-------------------------|---------------------|-----------------|--------------------|----------------|
| | % starke Zustimmung | | | |
| EU 15 | 55 | 52 | 46 | 37 |
| Alter (Jahre) | | | | |
| 15-25 | 49 | 44 | 38 | 32 |
| 26-44 | 55 | 50 | 45 | 36 |
| 45-64 | 57 | 56 | 48 | 40 |
| 65+ | 58 | 55 | 50 | 39 |
| Politische Orientierung | | | | |
| Links | 59 | 55 | 47 | 41 |
| Mitte | 56 | 54 | 48 | 37 |
| Rechts | 52 | 49 | 44 | 36 |

Datenbasis: Eurobarometer 56.2 (2001); detaillierte Frageformulierungen vgl. Tab. 1.

men werden, dass neben Beruf und sozioökonomischem Status vor allem altersspezifische Unterschiede eine wichtige Rolle spielen. Denn ältere Menschen werden vermutlich ein größeres Interesse an ausreichenden Rentenleistungen haben und auf die Erfüllung des „Generationenvertrags“ pochen; Jüngere werden dagegen mehr auf die Finanzierung dieser Leistungen achten, wodurch ihr Nettoeinkommen geschmälert wird, und tendenziell eher freiwillige private Vorsorgemaßnahmen befürworten.

Die empirische Überprüfung solcher Hypothesen bestätigt zwar die Existenz gewisser altersspezifischer Differenzierungen in der vorhergesagten Weise, und zwar nicht nur zwischen Rentnern und Erwerbstätigen, sondern auch zwischen verschiedenen „Generationen“ der Erwerbstätigen (vgl. Tabelle 2). Die Stärke dieses Alterseffekts ist jedoch erstaunlich gering. Insbesondere bestätigt sich die oben dargestellte Rangfolge der verteilungspolitischen Zielsetzungen auch für jede einzelne Altersgruppe. Das Maß der Zustimmung zu den verschiedenen Sicherungszielen nimmt zwar generell mit steigendem Alter leicht zu, aber es kommt nicht zu einer Umkehrung der Prioritäten. Dies muss als Ausdruck eines hohen Wertkonsenses zwischen den verschiedenen Altersgruppen bezüglich der Ziele der Alterssicherung interpretiert werden. Auf der Ebene der Einstellungen gibt es keine Anzeichen starker altersspezifischer Spaltungen und scharfer Verteilungskonflikte zwischen den Generationen, wie sie in den Medien häufig an die Wand gemalt werden.

Alternativ dazu könnte man an unterschiedliche politisch-ideologische Orientierungen als Erklärungsfaktoren denken. So kann man vermuten, dass politisch links orientierte Bürger größeren Wert auf ein Grundrecht auf eine garantierte Mindestrente und auf eine Reduzierung der Ungleichheit unter den Älteren legen, konservativ und liberal orientierte dagegen eher das Ziel der Sicherung des Lebensstandards und damit der Erhaltung relativer Einkommens- und Statusprivilegien bevorzugen.

Auch diese Hypothese wurde überprüft⁵ und auch in diesem Fall kam es zu einem ähnli-

chen Ergebnis wie zuvor (vgl. Tabelle 2). Zwar ist das Maß der Zustimmung zu den Zielen der Vermeidung von Armut im Alter und zu einer garantierten Mindestrente als soziales Grundrecht auf der linken Seite des politischen Spektrums etwas höher als in der Mitte oder bei politisch eher rechts orientierten Befragten. Bezüglich des Ziels der Lebensstandardsicherung gibt es jedoch praktisch keinen Unterschied. Insgesamt sind die Unterschiede geringfügig und weit weniger ausgeprägt als erwartet. Wiederum ist die Rangfolge der Verteilungsziele die gleiche für Linke, die politische Mitte und Rechte. Diese Ziele sind offensichtlich nicht mehr Gegenstand scharfer ideologischer Konflikte, zumindest nicht in der traditionellen Links-Rechts-Dimension⁶. Auch dies muss m.E. im Sinne eines weitreichenden Konsenses über die grundlegenden Ziele der Alterssicherung, unabhängig von der politisch-ideologischen Grundorientierung, interpretiert werden.

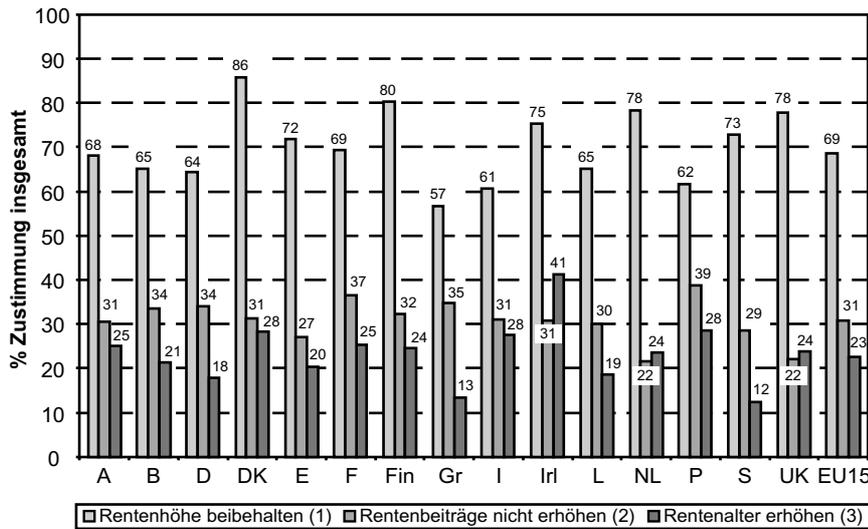
Breite Zustimmung für eine Beibehaltung des Rentenniveaus auch bei steigenden Beiträgen

Von besonderer politischer Brisanz sind die Vorschläge zur Bewältigung der vor allem demographisch bedingten Finanzierungsprobleme in der Alterssicherung, die sich in allen EU-Ländern in ähnlicher Weise stellen. Hier lassen sich drei - sozusagen systemimmanente - Hauptalternativen zur Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Rentensysteme unterscheiden, nämlich

- die Beibehaltung des gegenwärtigen Rentenniveaus, auch wenn dies höhere Steuern bzw. Beiträge erfordert,
- die Stabilisierung der Beiträge, auch wenn dies mit einer Reduzierung der Leistungen verbunden ist, sowie
- die Erhöhung der Altersgrenze, damit mehr Menschen mehr Zeit im Erwerbsleben und weniger Zeit im Ruhestand verbringen.

Mit diesen Alternativen sind unterschiedliche Verteilungen der Lasten des finanziellen Ausgleichs zwischen den Generationen verbun-

Graphik 2: Alternative Vorschläge zum Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Rentensysteme



Datenbasis: Eurobarometer 56.2 (2001); (1) Die derzeitigen Rentenhöhen sollten beibehalten werden, selbst wenn dies bedeutet, dass Steuern oder Beiträge erhöht werden müssen. (2) Die Beiträge sollten nicht erhöht werden, selbst wenn dies niedrigere Rentenhöhen bedeutet. (3) Das Rentenalter sollte erhöht werden, so dass die Menschen länger arbeiten und damit weniger Zeit im Ruhestand verbringen.

den: im ersten Fall auf die jetzigen Erwerbstätigen bzw. Beitragszahler, im zweiten eher auf die gegenwärtigen bzw. zukünftigen Rentner, und im dritten Fall gleichmäßiger auf beide Gruppen. Der Vorschlag der Anhebung des Renteneintrittsalters würde es nämlich erlauben, die Beitragssätze relativ stabil (wegen der zu erwartenden höheren Erwerbsbeteiligung) und zugleich das derzeitige Rentenniveau in etwa beizubehalten; nur der Eintritt in den Ruhestand würde sich verschieben. Er scheint damit besser im Einklang mit Forderungen nach intergenerationaler Gerechtigkeit zu stehen und wird daher z.Zt. sowohl von der EU als auch von verschiedenen nationalen Regierungen favorisiert.

In der Eurobarometer-Befragung wurden die erwachsenen Bürger nach ihrer Einstellung zu diesen Hauptalternativen gefragt⁷. Das Ergebnis ist in seiner Eindeutigkeit überraschend (vgl. Graphik 2). Dabei ist zu beachten, dass die „Kosten“ bzw. Nachteile jeder Handlungsalternative in der Frageformulierung ausdrücklich erwähnt wurden, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Meinungsbildung der Befragten relativ realistische Einschätzungen zu Grunde lagen.

Auffällig ist zunächst, dass in allen EU-Ländern - mit geringfügigen Ausnahmen - die Rangfolge in der Zustimmung zu den verschiedenen Reformalternativen identisch ist. Die Beibehaltung des jetzigen Rentenniveaus bei steigenden Beiträgen findet in allen EU-Ländern die größte Zustimmung: insgesamt 30% der Bürger in der EU stimmen ihr voll zu, weitere 38% zumindest leicht; nur 5% lehnen sie stark ab, weitere 15% schwach. Im Gegensatz dazu wird die Senkung des Rentenniveaus bei stabilen Beiträgen im EU-Durchschnitt nur

von insgesamt 31% der Bürger befürwortet, aber von der Mehrheit (insgesamt 53%) abgelehnt. In keinem Mitgliedsland findet dieser Vorschlag die Zustimmung von mehr als 40% der erwachsenen Bürger.

Erhöhung des Renteneintrittsalters wenig populär

Die dritte Alternative, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, ist sogar noch weniger populär als die Senkung des Rentenniveaus. Sie findet nur bei 23% der Bürger Zustimmung, während 40% eine starke und weitere 29% zumindest eine schwache Ablehnung zum Ausdruck bringen. Auch wenn dieser Vorschlag von vielen Experten aus ökonomischer Sicht und im Hinblick auf die Verteilungswirkungen zwischen den Generationen favorisiert wird, ist es offensichtlich, dass er in der öffentlichen Meinung auf erhebliche Akzeptanzprobleme stößt.

Weitere Fragen zur Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand zeigen jedoch, dass trotz der geringen Zustimmung für den Vorschlag einer generellen Erhöhung des (gesetzlichen) Rentenalters politische Handlungsspielräume für Reformmaßnahmen bestehen, die eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

So findet der Vorschlag, einen flexiblen Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand zu ermöglichen, im EU-Durchschnitt die Zustimmung von 74% der Bürger. In einigen Ländern ist die Akzeptanz dieses Ansatzes sogar noch deutlich höher: in Dänemark 95%, in Schweden 88%, in den Niederlanden 86%. Der graduelle, individuell flexible Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand entspre-

chend der eigenen physischen und psychischen Leistungsfähigkeit findet also wesentlich breitere Zustimmung als eine generelle Erhöhung der Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters u.U. durchaus zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters führen kann, wenn genügend Beschäftigte ihren Eintritt in den Ruhestand um einige Jahre hinausschieben. Das erscheint zwar bei der gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt unwahrscheinlich, könnte sich aber ändern, falls eine Besserung der arbeitsmarktpolitischen Lage eintreten sollte.

Unter Ökonomen besteht weitgehend Übereinstimmung, dass versicherungsmathematische Abschläge bei den Renten nötig seien, um den Trend zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben umzukehren (bzw. entsprechende Zuschläge als finanzielle Anreize für eine Verlängerung des Arbeitslebens). Die Befragungsergebnisse zeigen jedoch, dass im EU-Durchschnitt eine leichte Mehrheit der Bürger (53%) mit Leistungskürzungen im Falle des vorzeitigen Ruhestandes nicht einverstanden ist und auch das Meinungsbild in Bezug auf Rentenzuschläge im Falle des hinausgeschobenen Ruhestandes durchaus geteilt ist. Allerdings verbergen sich hinter dem EU-Durchschnitt erhebliche länderspezifische Abweichungen, die vermutlich zum Teil durch die jeweilige nationale Arbeitsmarktsituation, zum Teil durch die Unterschiede der in den betreffenden Ländern praktizierten Rentensysteme bedingt sind.

Diese Einstellungen können in der Weise interpretiert werden, dass finanzielle Anreize allein nicht ausreichen, um einen früheren Eintritt in den Ruhestand zu verhindern, wenn sie nicht von zusätzlichen Integrationsmaßnahmen für Ältere in den Arbeitsmarkt flankiert werden. Erst durch eine solche zusätzliche Integration älterer Arbeitnehmer könnte ein Verbleiben im Arbeitsleben attraktiv genug werden, um den Trend umzukehren und wieder eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen zu erreichen. Eine solche Deutung wird durch den Befund gestützt, dass eine breite Mehrheit (63%) der Ansicht ist, man solle älteren Arbeitnehmern die gleichen Zugangsmöglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung geben wie jüngeren, und zugleich die verbreitete Praxis missbilligt (75%), dass Unternehmen ältere Mitarbeiter zu Lasten der öffentlichen Rentenkassen entlassen oder in den Vorruhestand versetzen.

Auf der Basis der oben dargestellten Einstellungen der EU-Bürger lässt sich folgern, dass eine erfolversprechende Strategie zur Verlängerung des Arbeitslebens nicht bei gesetzlichen Maßnahmen zur Herabsetzung des Rentenniveaus oder zur Heraufsetzung der Altersgrenze ansetzen sollte, sondern bei einer Veränderung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und einer Umgestaltung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen. Es er-

scheint notwendig, insbesondere die Arbeitszeitregelungen flexibler den Bedürfnissen und evtl. Leistungseinschränkungen der älteren Arbeitnehmer anzupassen. Von wesentlicher Bedeutung ist auch, dass Arbeitgeber ältere Arbeitnehmer nicht diskriminieren, sondern gezielt in die Erhaltung und evtl. Verbesserung ihrer Qualifikationen investieren. Solche Schritte, die zunächst ein Umdenken bei den Arbeitgebern und Unternehmen erfordern, können sicher durch entsprechende beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wirkungsvoll unterstützt werden. Wenn dies gelingt, besteht die Aussicht, dass sie die Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer attraktiver machen und so positive Anreize darstellen, freiwillig länger im Arbeitsleben zu verbleiben - was allemal besser ist als die Drohung mit verminderten Renten.

- 1 *Bezüglich weiterer Informationen zu den Eurobarometer-Umfragen vgl. http://europa.eu.int/comm/public_opinion/ oder http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/guide/index.htm.*
- 2 *Die folgenden Ergebnisse beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, nur auf diejenigen, die „starke Zustimmung“ äußern, weil dies als eine bewusste und ausdrückliche Meinungsäußerung verstanden werden kann.*
- 3 *In diesem Falle wirkt sich der Risikoausgleich im Sinne einer impliziten Umverteilung zu Gunsten der Frauen aus.*
- 4 *So erhielten beispielsweise alle Statements in Griechenland eine stärkere Zustimmung als im EU-Durchschnitt, während in Portugal das Gegenteil der Fall war.*
- 5 *Um „politische Orientierung“ international vergleichbar zu messen, wurde die Selbstzuordnung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala (von 1 bis 10) verwendet*

und drei Gruppen gebildet: Links (1-4), Mitte (5-6), Rechts (7-10).

- 6 *Dies schließt indes nicht aus, dass in anderen Dimensionen der Gestaltung von Alterssicherungssystemen, z.B. was die Freiwilligkeit oder den Pflichtcharakter von Maßnahmen oder die Art der Finanzierung betrifft, sehr wohl noch Konfliktpotentiale vorhanden sind oder neue Wertkonflikte auftreten können.*
- 7 *Daneben wurden noch die Meinungen zu einer Reihe flankierender Maßnahmen (wie z.B. Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, etc.) erfragt, auf die hier aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden kann.*

■ **Jürgen Kohl, Universität Heidelberg**
Tel.: 06221/54-2980
juergen.kohl@urz.uni-heidelberg.de

Schwedische Regierungskommission zieht umfassende Wohlfahrtsbilanz für die 1990er-Jahre

Mit dem Report „Welfare in Sweden: The Balance Sheet for the 1990s“ wurden die wichtigsten Befunde der 1999 vom schwedischen Sozialminister eingesetzten „Wohlfahrtskommission“ nun auch in englischer Sprache veröffentlicht und damit der internationalen Diskussion zugänglich gemacht. Die Kommission, die von dem Sozialwissenschaftler Joakim Palme geleitet wurde, hatte ihren detaillierten und umfangreichen Schlußbericht bereits 2001 der schwedischen Regierung übergeben. Einschließlich einer Reihe von Spezialreports hat die Kommission insgesamt vierzehn Berichte vorgelegt.

Der Auftrag der Kommission bestand darin, vor dem Hintergrund des Wandels sozialer Strukturen und der z.T. massiven Reformen des schwedischen Wohlfahrtsstaates die Entwicklung der Wohlfahrt der Bevölkerung in den 90er-Jahren darzustellen, zu analysieren und zu bewerten. Mit dieser Bilanz der 90er-Jahre sollte zugleich auch eine Grundlage für Entscheidungen zur zukünftigen Gestaltung der Sozial- und Gesellschaftspolitik geschaffen werden. Wie in vielen anderen europäischen Ländern waren die 90er-Jahre auch in Schweden durch ein Syndrom von Problemen - hohe Arbeitslosigkeit, negatives Wachstum, Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die Zuwanderung von Flüchtlingen in erheblichem Ausmaß - geprägt. Hinzu kamen sozialstrukturelle und ökonomische Entwicklungen, wie die demographische Alterung, der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und die Tendenzen zur Deregulierung im Bereich der Wirtschaft, die insgesamt weitgehende Refor-

men des schwedischen Wohlfahrtsstaatsmodells erforderlich gemacht hatten.

Unter Wohlfahrt versteht die Kommission ganz in der Tradition der skandinavischen Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsforschung die Verfügung über individuelle Ressourcen, die dem einzelnen Bürger eine aktive und seinen persönlichen Zielen und Vorstellungen entsprechende Gestaltung seines Lebens ermöglichen. Als Voraussetzung dafür wird allerdings auch die Bedeutung verschiedener sozialer Ressourcen betont. Die Kommission hat sich daher, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der drastischen Umbaumaßnahmen, denen der schwedische Wohlfahrtsstaat in den 90er-Jahren unterzogen wurde, vor allem auch mit den institutionellen Rahmenbedingungen sowie deren Wandel und Funktion für die individuelle Wohlfahrt befasst. Der Focus richtet sich hier vor allem auf die Zugänglichkeit und die Qualität der erbrachten Leistungen bzw. deren Potential, die Wohlfahrt der Bürger zu steigern.

Die Kommission stützt sich bei ihrem Versuch eine Wohlfahrtsbilanz für die 90er-Jahre zu erstellen auf die verschiedensten Datengrundlagen, Analysen und Befunde. Von herausragender Bedeutung sind dabei allerdings die im Rahmen der amtlichen Statistik regelmäßig durchgeführten Wohlfahrts- bzw. „Living Conditions Surveys“ (ULF). Neuerdings liegen derartige, speziell auf die Erfassung von Wohlfahrt und Lebensbedingungen der Bürger ausgerichtete Erhebungen auch für spezielle Teilpopulationen, wie z.B. Kinder

und die ältere Bevölkerung, vor.

Den Kern des vorliegenden Reports bilden die insgesamt vier Kapitel, die sich mit den Veränderungen der individuellen Wohlfahrt auf der einen und dem Wandel wohlfahrtsstaatlicher Institutionen auf der anderen Seite befassen. Unter dem Titel „Individual Resources I: General Changes“ wird zunächst betrachtet, wie sich die individuelle Wohlfahrt in den Dimensionen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Arbeitsbedingungen und Löhne, Einkommen und ökonomische Ressourcen sowie soziale Bindungen und soziale Sicherheit in den 90er-Jahren entwickelt hat und welche diesbezüglichen Kumulationen von Benachteiligungen zu beobachten sind. Obwohl nicht alle Bereiche gleichermaßen durch negative Entwicklungen gekennzeichnet sind, wird „the increase in the proportion of the population that encountered various kinds of disadvantage or illfare“ (S. 9) als die beherrschende Tendenz der 90er-Jahre betrachtet. Unter der Überschrift „Individual Resources II“ wird dargestellt, wie sich die Wohlfahrt von spezifischen Teilpopulationen der schwedischen Gesellschaft - Kinder und Jugendliche, alleinerziehende Mütter, Behinderte, Alte, Ausländer, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger - in den 90er-Jahren entwickelt hat. Wohlfahrtsbeeinträchtigungen werden insbesondere für die ohnehin schon in mancherlei Hinsicht benachteiligten Gruppen der alleinerziehenden Mütter und der Ausländer konstatiert. Vor allem bedingt durch ihren zunehmend späteren Eintritt in das Arbeitsleben hat sich auch die Situation für Jugendliche und

junge Erwachsene verschlechtert, während ältere in einer vergleichsweise günstigen Situation gesehen werden: „The older the persons, the more income and economic resources came their way“ (S. 10). Dagegen gehören Kinder und Familien mit Kindern zu den Gruppen der Bevölkerung, die von den Entwicklungen der 90er-Jahre negativ beeinflusst wurden.

Die beiden Kapitel zum Wandel wohlfahrtsstaatlicher Institutionen untersuchen soziale Dienste auf der einen und Transferleistungen zur Einkommenssicherung auf der anderen Seite. In beiden Bereichen wurde die Entwicklung vor allem durch die - im Vergleich zu früheren Dekaden - verschlechterten makroökonomische Rahmenbedingungen bestimmt. Gegenstand der Untersuchung von Veränderungen der sozialen Dienste sind Einrichtungen der Kinderbetreuung, Schulen, arbeitsmarktbezogene Dienste, Gesundheitsversorgung, Betreuungsleistungen für Behinderte und Alte sowie individuelle soziale Dienste. Die Kommission sieht in Dezentralisierung und Marktorientierung sowie der zunehmend geforderten Kostenbeteiligung der Nutzer die kennzeichnenden Entwicklungen der 90er-Jahre in all diesen Bereichen. Darüber hinaus war insbesondere im Bereich der Betreu-

ungsleistungen für Behinderte und ältere Menschen eine Konzentration der öffentlichen Leistungen auf die besonders Bedürftigen festzustellen. Was die Leistungen zur Einkommenssicherung angeht, wird festgestellt, dass in den 90er-Jahren einerseits die Bedeutung von privaten Versicherungen und tariflich vereinbarten Regelungen gestiegen ist und andererseits die Möglichkeit, bestimmte Leistungen in Anspruch zu nehmen, restriktiver gestaltet und stärker an das Vorliegen bestimmter persönlicher Voraussetzungen gekoppelt wurde.

Die Kommission beklagt, dass gegenwärtig kaum geeignete Informationsgrundlagen zur Verfügung stehen, um die Auswirkungen des Um- und Abbaus der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen auf die individuelle Wohlfahrt präzise zu bestimmen und zu beurteilen: „What impact the 1990s had on citizen welfare as a result of the changes in resources, the raising of fees and the new forms of administrative control and management, therefore, is largely unknown“ (S. 13). Dennoch vermittelt die vorliegende Wohlfahrtsbilanz eine Fülle von Informationen und Einsichten über den Wandel der schwedischen Gesellschaft in diesem denkwürdigen Jahrzehnt, die weit über Schweden hinaus von Bedeutung

sind und gerade auch in der aktuellen Diskussion über wohlfahrtsstaatliche Reformen in Deutschland nützlich sein können. Aus deutscher Perspektive macht der Blick auf die Veränderungen des schwedischen Wohlfahrtsstaates in den 90er-Jahren deutlich, was hierzulande bisher versäumt wurde und welche z.T. schmerzhaften Veränderungen auf die deutschen Bürger in diesem Jahrzehnt erst noch zukommen werden, auch wenn die Situation in beiden Ländern nicht in jeder Hinsicht vergleichbar ist. Wenn die Autoren des schwedischen Reports das Fazit ziehen, dass „Swedish welfare policy stands at an important crossroads at the beginning of the 21st century“, gilt dies erst recht für die deutsche Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Bergmark, A., Bäckmann, O., Estrada, F., Fritzell, J., Lundberg, O., Palme, J., Sjöberg, O., Sommestad, L., Szebehely, M.: Welfare in Sweden: The Balance Sheet for the 1990s. Stockholm 2002 (<http://www.social.regeringen.se/inenglish/publications/index.htm>)

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-241
noll@zuma-mannheim.de

Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig

Vom 7. bis zum 11. Oktober des letzten Jahres fand in Leipzig der 31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem Motto ‚Entstaatlichung und Soziale Sicherheit‘ statt. In diesem Rahmen organisierte die Sektion Soziale Indikatoren eine Veranstaltung zum Thema ‚Sicherheit im Wandel: objektive Risiken und subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen‘ sowie gemeinsam mit der Sektion ‚Alter(n) und Gesellschaft‘ eine weitere Veranstaltung, die sich mit der Problemstellung ‚Sicherheit und Lebensqualität im Alter: Vom Staat zu Markt und individueller Verantwortung‘ befasste.

Im Rahmen der ersten Veranstaltung beschäftigte sich ein Teil der Beiträge mit Themenstellungen aus dem Bereich der sozialen Sicherung. So fanden sich Beiträge zur Alterssicherung (Ursula Dallinger, Jena), Krankenversicherung (Bernhard Christoph, Mannheim) und Pflege (Stefan Weick, Mannheim). Weitere Beiträge thematisierten betriebliche Beschäftigungssicherheit (Michael Grotheer und Olaf Struck, Jena), den Zusammenhang zwischen einer Veränderung der Einkommensun-

gleichheit durch Steuern oder Zahlungen im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme und individueller Lebenszufriedenheit (Johannes Schwarze und Marco Härpfer, Bamberg) sowie einen weiteren Aspekt von Sicherheit, Kriminalitätsentwicklung und subjektives Sicherheitsempfinden (Jürgen Schupp, Berlin).

Das Thema der zweiten Veranstaltung zu ‚Sicherheit und Lebensqualität im Alter‘ war deutlich enger gesteckt, und dementsprechend befassten sich die Vorträge insbesondere mit Problemen der sozialen Absicherung und der Lebensqualität der älteren Bevölkerung. Neben einem Blick auf die Situation in Schweden aus europäisch vergleichender Perspektive (Joachim Vogel, Stockholm) sowie konzeptionellen Beiträgen zu neueren Fragestellungen aus dem Bereich der Alterssicherung (Francois Höpflinger, Zürich) und Risiken der Entstaatlichung (Harald Kühnemund, Berlin) gab es Beiträge zu unterschiedlichen Aspekten der Lebensqualität im Alter (Andreas Motel-Klingebiel, Christian Tesch-Römer und Hans-Joachim von Kondratowitz, Berlin; sowie Petra Böhnke und Thomas Lampert, Ber-

lin) und zum Thema Pflege - sowohl aus europäisch vergleichender Perspektive (Regina Berger-Schmitt, Mannheim) als auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung und damit verbundene Finanzierungsprobleme (Robert Paquet, Berlin). Im Anschluss fand die Wahl des Vorstands der Sektion Soziale Indikatoren statt, wobei der bisherige Vorstand, bestehend aus Heinz-Herbert Noll (Mannheim), Roland Habich (Berlin) und Jürgen Schupp (Berlin), im Amt bestätigt wurde.

Entsprechend der Aktualität der behandelten Themen waren beide Veranstaltungen gut besucht und es kam teilweise zu recht lebhaften Diskussionen, sowohl inhaltlicher Art als auch im Hinblick auf methodische Fragen. Insgesamt konnte so im Rahmen der beiden Veranstaltungen sicherlich ein Beitrag zur Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland geleistet werden.

■ **Bernhard Christoph, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-244
christoph@zuma-mannheim.de

Soziale Durchlässigkeit in Westdeutschland gestiegen

Analysen zur intergenerationalen sozialen Mobilität von Männern und Frauen für den Zeitraum 1976-2000

Nicht zuletzt dank der PISA-Studie genießt das Thema Chancengleichheit für Kinder mit unterschiedlicher sozialer Herkunft wieder mehr Aufmerksamkeit in der öffentlichen Diskussion. Mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge reicht es jedoch nicht aus, sich nur auf bestehende Ungleichheiten im Bildungssystem zu konzentrieren. Vielmehr ist entscheidend, welche gesellschaftliche Positionen diese Kinder mit ihren jeweiligen Bildungsabschlüssen später auch tatsächlich einnehmen. Ein Indikator für die allgemeine Chancengleichheit in einer Gesellschaft ist das Ausmaß an sozialer Mobilität, d.h. der Grad, zu dem die bestehenden Ungleichheiten in einer Gesellschaft von der Eltern- generation auf die Kinder generation „vererbt“ werden. Es werden daher im folgenden Beitrag die Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken für Männer und Frauen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft untersucht, und es wird aufgezeigt, wie sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener gesellschaftlicher Position in den letzten 25 Jahren entwickelt hat.

Für eine Analyse der sozialen Mobilität muss man zunächst Kriterien festlegen, mit denen vorteilhafte von weniger vorteilhaften Positionen in einer Gesellschaft unterschieden werden können. Während die Ökonomen meist das Einkommen als ein solches Kriterium wählen, verwenden Soziologen in der Mobilitätsforschung in aller Regel auf Berufen basierte Konzepte wie Berufsprestigeskalen oder soziale Klassenpositionen (vgl. Erikson/Goldthorpe 1992). In Deutschland werden Klassenpositionen üblicherweise aus der beruflichen Stellung und dem Beruf der Befragten konstruiert (Brauns et al. 1997). Im vorliegenden Beitrag soll der Einfachheit halber ausschließlich die berufliche Stellung als Indikator für die Vorteilhaftigkeit einer gesellschaftlichen Position verwendet werden. Die hier dargestellten Ergebnisse unterscheiden sich jedoch nicht substantiell von Analysen mit einem detaillierteren Klassenschema wie dem von Erikson und Goldthorpe.

Die berufliche Stellung wurde in sieben Kategorien zusammengefasst (siehe Tabelle 1). Die höchste Kategorie bilden leitende Angestellte, Beamte im höheren Dienst sowie die Pro-

fessionen (Ärzte, Rechtsanwälte, etc.). Die zweite Kategorie besteht aus qualifizierten Angestellten und Beamten im gehobenen Dienst. In einer weiteren Kategorie finden sich einfache und mittlere Angestellte sowie Beamte im einfachen und mittleren Dienst. Selbstständige, Landwirte, Facharbeiter bzw. Meister und un- bzw. angelernte Arbeiter bilden jeweils eine eigene Kategorie.

Die für die Analysen verwendeten Daten stammen aus dem kumulierten ALLBUS, dem sozio-ökonomischen Panel (SOEP) und der ZUMA-Standarddemographie. Sie decken einen Zeitraum von 1976 bis 2000 ab¹. Aufgrund fehlender Daten für Ostdeutschland müssen die Analysen über den langfristigen Wandel auf Westdeutschland beschränkt bleiben. Weiterhin werden nur Personen betrachtet, die zum Befragungszeitraum zwischen 20 und 64 Jahre alt waren. Bei Frauen werden lediglich Erwerbspersonen berücksichtigt². Als Indikator für die soziale Herkunft wird die berufliche Position des Vaters zu dem Zeitpunkt, als der bzw. die Befragte 15 Jahre alt war, verwendet. Angaben zur beruflichen Stellung der Mutter liegen bedauerlicherweise meist nicht vor, so

dass nur den Vater betreffende Angaben verwendet werden können. Insgesamt umfasst der für die nachfolgenden Analysen zusammengestellte Mobilitätsdatensatz über 17.000 Männer und knapp 9.000 Frauen.

Deutliche Segregation der beruflichen Positionen von Männern und Frauen

In Tabelle 1 ist die Verteilung auf die jeweiligen beruflichen Kategorien getrennt für Söhne (Männer), Töchter (Frauen) und Väter jeweils für den Zeitraum 1976-1980, 1982-1990 und 1991-2000 dargestellt. Dabei fallen in erster Linie die deutlichen Geschlechtsunterschiede in den beruflichen Stellungen auf. Frauen haben seltener Leitungspositionen inne als Männer, und sie nehmen auch sehr selten eine Position als Facharbeiterin ein. Besonders häufig sind Frauen hingegen in der Kategorie der einfachen und mittleren Angestellten bzw. Beamten vertreten. Eine Beschäftigung in der Landwirtschaft spielt bei beiden Geschlechtern keine wesentliche Rolle mehr. Betrachtet man die Entwicklung über die Zeit, so nimmt der Anteil von Männern und Frauen in Leitungspositionen kontinuierlich zu. Bei qualifizierten Angestellten und Beamten im gehobenen Dienst stagniert die Entwicklung bei Männern, während der Anteil der Frauen in dieser Kategorie in den 1990er-Jahren deutlich anstieg und nun ein ähnliches Niveau erreicht wie bei den Männern. Bei den einfachen und mittleren Angestellten bzw. Beamten kam es bei Männern und vor allem bei Frauen im letzten Jahrzehnt zu einer leichten Abnahme. Der Anteil der Selbstständigen und Landwirte blieb annähernd konstant. Gleiches gilt für Frauen in Facharbeiterpositionen und Männer in ungelerten Arbeiterpositionen. Bei den männlichen Facharbeitern ist jedoch ein leicht abnehmender Trend zu beobachten, während sich die Gruppe der ungelerten Arbeiterinnen im Beobachtungszeitraum fast halbiert hat.

Da als Maß der sozialen Herkunft nur die berufliche Stellung des Vaters zur Verfügung steht und die Verteilungen der sozialen Herkunft für Söhne und Töchter nahezu identisch sind, wird diese im Folgenden für beide Geschlechter gemeinsam betrachtet. Es fällt auf, dass in der Vä-

Tabelle 1: Berufliche Stellung von Söhnen, Töchtern und Vätern in drei Perioden (in Prozent)

| | Söhne | | | Töchter | | | Väter | | |
|---|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 |
| Leitende Angestellte, Beamte (höherer Dienst), Professionen | 5 | 7 | 8 | 2 | 3 | 4 | 4 | 5 | 6 |
| Qualifizierte Angestellte, Beamte (gehobener Dienst) | 19 | 18 | 21 | 12 | 12 | 19 | 9 | 9 | 10 |
| Einfache, mittlere Angestellte und Beamte | 24 | 24 | 22 | 54 | 58 | 53 | 17 | 18 | 18 |
| Selbstständige | 8 | 9 | 9 | 7 | 7 | 7 | 13 | 12 | 9 |
| Landwirte | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 10 | 9 | 7 |
| Facharbeiter, Meister | 31 | 30 | 29 | 5 | 4 | 5 | 31 | 33 | 34 |
| Ungelernte Arbeiter | 11 | 10 | 10 | 19 | 15 | 11 | 16 | 16 | 15 |

Datenbasis: Mobilitätsdatensatz 1976-2000.

Tabelle 2: Anteil der Söhne bzw. Töchter, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihr Vater, nach sozialer Herkunft (in Prozent)

| | Söhne | | | Töchter | | |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 |
| Leitende Angestellte, Beamte (höh. Dienst), Professionen | 31 | 31 | 30 | 12 | 17 | 23 |
| Qualifizierte Angestellte, Beamte (geh. Dienst) | 43 | 36 | 34 | 24 | 25 | 35 |
| Einfache, mittlere Angest. und Beamte | 35 | 34 | 31 | 66 | 67 | 64 |
| Selbstständige | 22 | 29 | 22 | 15 | 13 | 14 |
| Landwirte | 19 | 19 | 22 | 10 | 8 | 9 |
| Facharbeiter, Meister | 44 | 44 | 42 | 7 | 6 | 6 |
| Ungelernte Arbeiter | 26 | 22 | 23 | 38 | 33 | 26 |

Datenbasis: Mobilitätsdatensatz 1976 – 2000.

tergeneration Arbeiterpositionen und Positionen in der Landwirtschaft noch deutlich stärker besetzt waren, die Angestelltenpositionen dagegen im Vergleich zur Generation der Befragten eine geringere Rolle spielten. Hierin spiegelt sich merklich der Wandel von der zunächst landwirtschaftlich, dann industriell geprägten Produktionsweise hin zu einer von Dienstleistungen dominierten Arbeitswelt. Dieser Strukturwandel hat selbstverständlich erhebliche Auswirkungen auf die Mobilitätschancen einer Person. Wenn beispielsweise im sekundären Sektor immer weniger Arbeitskräfte nachgefragt werden (z.B. aufgrund stärkerer Mechanisierung der industriellen Produktion), dann werden nicht mehr alle Söhne die gleiche berufliche Position einnehmen können wie ihre Väter, selbst wenn sie dies wollten. Diese strukturell bedingte Mobilität sollte man berücksichtigen, wenn man die in Tabelle 2 dargestellte „Vererbung“ einer Position vom Vater auf den Sohn bzw. die Tochter betrachtet. Die dort ausgewiesenen Zahlen geben an, welcher Anteil der Befragten aus einer bestimmten Herkunftsposition auch selbst wieder eine solche Position besetzt. So nehmen beispielsweise 31% der Söhne von leitenden Angestellten oder höheren Beamten ebenfalls eine Position als leitende Angestellte oder höhere Beamten ein.

Bei Vererbung eher Kontinuität bei Männern, aber Veränderung bei Frauen

Bei der Vererbung vom Vater auf den Sohn lassen sich im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts für die meisten beruflichen Positionen keine großen Veränderungen feststellen. Der Anteil der Söhne mit besonders vorteilhafter sozialer Herkunft (erste Kategorie), die wiederum selbst eine solche Position bekleiden, liegt konstant bei knapp einem Drittel. Ähnlich konstant ist die Vererbungsrate bei Landwirten und Facharbeitern, während zunehmend weniger Söhne von ungelerten Arbeitern ebenfalls ungelerte Arbeiter werden. Bei den Selbstständigen ist die Entwicklung weniger klar ausgeprägt. Ende der 1970er- und in den 1990er-Jahren beträgt die Vererbungsrate 22%. Zwischen diesen beiden Zeitpunkten ist sie allerdings in den 1980er-Jahren auf

29% angewachsen, d.h. in dieser Dekade nahm knapp ein Drittel aller Söhne von Selbstständigen wiederum eine Selbstständigenposition ein. Deutlichere Veränderungen sind bei den Angestellten und Beamten zu beobachten. Bei den einfachen und mittleren Angestellten bzw. Beamten ging die Vererbungsrate von 35% auf 31% zurück. Noch merklicher ist die Entwicklung bei den qualifizierten Angestellten bzw. Beamten im gehobenen Dienst. Hatten Ende der 1970er-Jahre noch 43% aller Söhne aus dieser Kategorie wiederum eine Position als qualifizierte Angestellte bzw. gehobene Beamte eingenommen, sank die Vererbungsrate bis Ende der 1990er-Jahre um 9 Prozentpunkte auf nur noch 34%. Söhne aus dieser Kategorie verteilen sich in den 1990er-Jahren folglich häufiger auf andere berufliche Positionen als dies noch Ende der 1970er der Fall war.

Die Vererbung der beruflichen Position des Vaters auf die Tochter fällt - bedingt durch die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur - generell weniger stark aus. Allerdings gibt es im Vergleich zu den Söhnen deutlichere Veränderungen über die Zeit. Töchter, deren Väter eine Position in der höchsten Berufskategorie inne hatten (gehobene oder leitende Angestellte bzw. Beamte, Angehörige der Professionen), erreichen in

den 1990er-Jahren viel häufiger ebenfalls eine derartige vorteilhafte Berufsposition. Im Vergleich zu den 1970er-Jahren verdoppelt sich die Vererbungsrate dieser Kategorie nahezu auf einen Wert von 23%. In der Kategorie der qualifizierten Angestellten und Beamten steigt der Anteil von knapp einem Viertel Ende der 1970er-Jahre auf über ein Drittel in den 1990er-Jahren. Hier entspricht die Vererbungsrate der Töchter damit ungefähr der Vererbungsrate bei den Söhnen, während die Männer jedoch bei der zuvor genannten Kategorie weiterhin merklich im Vorteil sind. Bei Töchtern von un- und angelernten Arbeitern sinkt die Vererbungsrate deutlich von 38% auf 26%. Die Chancen dieser Frauen, nicht in die Fußstapfen ihrer Väter treten zu müssen, haben sich demnach in den 1990er-Jahren deutlich verbessert. Die Vererbung dieser unvorteilhaften Position kommt bei Frauen nur noch geringfügig häufiger vor als bei Männern. Somit gelingt es den Frauen über den betrachteten Zeitraum hinweg eher, in die gleichen vorteilhaften Positionen wie ihre Väter zu gelangen, während sie gleichzeitig weniger häufig die unattraktive Position einer angelernten Arbeiterin von ihrem Vater übernehmen. Bei den mittleren Kategorien dagegen ändert sich nicht viel. Die Vererbungsrate für Facharbeiter, Landwirte, Selbstständige und einfache Angestellte bleiben weitgehend konstant. Auffallend sind hier jedoch die besonders hohen Vererbungsrate bei den einfachen Angestellten und Beamten. Dies hat seine Ursachen in dem hohen Anteil von Frauen, die solche Positionen einnehmen (vgl. Tabelle 1).

Gruppe der Arbeiter wird homogener, die der Selbstständigen heterogener

Mit der bisherigen Betrachtungsweise wurde untersucht, wie hoch der Anteil der Söhne und Töchter mit einer bestimmten sozialen Herkunft ist, die selbst die gleiche berufliche bzw. gesellschaftliche Position einnehmen wie ihre Väter. Damit wurde der „Abstrom“ aus einer bestimmten Herkunftsposition untersucht. Man kann die Perspektive nun ändern, indem man fragt, aus welchen Herkunftskategorien sich die Inhaber/innen bestimmter beruflicher

Tabelle 3: Anteil der Söhne bzw. Töchter, deren Vater bereits eine identische berufliche Position hatte (in Prozent)

| | Söhne | | | Töchter | | |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 |
| Leitende Angestellte, Beamte (höh. Dienst), Professionen | 19 | 20 | 22 | 27 | 28 | 29 |
| Qualifizierte Angestellte, Beamte (geh. Dienst) | 20 | 16 | 15 | 19 | 19 | 22 |
| Einfache, mittlere Angest. und Beamte | 25 | 25 | 25 | 22 | 21 | 21 |
| Selbstständige | 36 | 40 | 22 | 28 | 24 | 20 |
| Landwirte | 92 | 94 | 93 | 82 | 67 | 80 |
| Facharbeiter, Meister | 45 | 48 | 51 | 43 | 44 | 46 |
| Ungelernte Arbeiter | 39 | 34 | 38 | 31 | 35 | 32 |

Datenbasis: Mobilitätsdatensatz 1976 – 2000.

Positionen in der Generation der Söhne und Töchter rekrutieren. Welche soziale Herkunft haben beispielsweise die heutigen Landwirte? Waren ihre Väter selbst Landwirte oder hatten sie eine andere Position inne? Bei diesen „Zustromraten“ in eine bestimmte Position sind vor allem die Anteile derjenigen von Interesse, deren heutige berufliche Position mit der beruflichen Position ihres Vaters übereinstimmt. Diese Selbstrekrutierungsraten sind in Tabelle 3 aufgeführt. Am auffälligsten ist die Höhe dieser Raten bei den Landwirten. Bei den Männern liegt der Anteil derer, deren Vater ebenfalls Landwirt war, bei über 90%, d.h. die heutigen Landwirte sind praktisch allesamt Söhne von Landwirten. Bei den Facharbeitern ist eine Homogenisierung in Bezug auf die soziale Herkunft zu beobachten. Waren Ende der 1970er-Jahre 45% aller Facharbeiter Söhne von Facharbeitern, ist dieser Anteil in den 1990er-Jahren auf über 50% gestiegen. Bei den ungelerten Arbeitern hat der Anteil nach einem kurzen Rückgang in den 1980er-Jahren wieder sein Ausgangsniveau erreicht. Dagegen ist der Anteil derjenigen Selbstständigen, deren Vater ebenfalls selbstständig war, in den 1990er-Jahren sehr deutlich von knapp 40% auf nur noch 22% gesunken. Die Gruppe der heutigen Selbstständigen ist somit hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft deutlich heterogener geworden. Offensichtlich wurden in den 1990er-Jahren weit weniger Betriebe vererbt als in den Jahrzehnten zuvor. Neben diesen Veränderungen bei Arbeitern und Selbstständigen fällt bei den Männern die Gruppe der qualifizierten Angestellten bzw. Beamten im gehobenen Dienst auf. Hier geht die Tendenz zur Selbstrekrutierung über die Zeit deutlich zurück. Ein umgekehrter, wenn auch nicht sehr ausgeprägter Trend ist für die Gruppe der leitenden Angestellten zu beobachten.

Für die Frauen sind die Befunde recht ähnlich. Auch hier werden die Arbeiterpositionen über die Zeit homogener. Der Anteil der Arbeiterinnen, deren Vater auch Arbeiter war, steigt von 43% Ende der 1970er-Jahre auf 46% in den 1990er-Jahren. Bei den Selbstständigen dagegen sinkt die Selbstrekrutierungsrate von 28% auf 20% und erreicht damit in der jüngsten Zeit

ein ähnliches Niveau wie bei den Männern. Deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt es in Bezug auf die Kategorie der leitenden Angestellten und Beamten. Frauen, die eine solche Leitungsposition bekleiden, haben deutlich häufiger einen Vater aus der entsprechenden vorteilhaftesten Kategorie als Männer (29% zu 22% in den 1990er-Jahren). Für Frauen scheint die soziale Herkunft für das Erreichen dieser Positionen daher entscheidender zu sein als für Männer. Dieser Unterschied geht auch über die Zeit nicht zurück. Vielmehr steigen die Selbstrekrutierungsraten für Männer und Frauen praktisch gleichmäßig an. Bei der Kategorie der qualifizierten Angestellten und Beamten findet man hingegen eine leicht gegenläufige Entwicklung für Männer und Frauen. Bei Männern sinkt die Selbstrekrutierungsrate, bei Frauen steigt sie an. Dies liegt strukturell an der Zunahme des Frauenanteils in dieser Kategorie. Schließlich gibt es noch merkbare Unterschiede für die Kategorie der Landwirte. Landwirtinnen haben eine merklich geringere Selbstrekrutierungsrate als Landwirte, da der Hof nach wie vor eher an die Söhne vererbt wird.

Insgesamt fallen die Veränderungen über die Zeit sowohl für Männer als auch für Frauen nicht dramatisch aus. Während es für Männer bei den leitenden und qualifizierten Angestellten- und Beamtenpositionen eher zu Öffnungstendenzen kommt (z.B. weniger Vererbung bei qualifizierten Angestelltenpositionen), können die Frauen in zunehmenden Maße ihre vorteilhafte soziale Herkunft einsetzen, um selbst vorteilhafte Positionen zu besetzen. Gleichzeitig kommt es bei Arbeiterpositionen zu einer Homogenisierung der sozialen Herkunft, während die Gruppe der Selbstständigen zunehmend heterogener wird. Man kann diese Befunde nun zusammenfassen und weiterführen, indem man nicht mehr einzelne berufliche Positionen betrachtet, sondern den Blick darauf richtet, inwieweit durch soziale Mobilität - also den Wechsel von einer Herkunftsposition in eine andere Berufsposition - ein gesellschaftlicher Aufstieg oder ein gesellschaftlicher Abstieg stattgefunden hat. Dabei müssen die vorliegenden sieben Positionen zunächst

hierarchisch geordnet werden. Die hier vorgeschlagene Hierarchie sieht vor, dass die leitenden Angestellten, höheren Beamten und Professionen die vorteilhafteste Position darstellen. Danach kommen die qualifizierten Angestellten und die Beamten im gehobenen Dienst. Am Ende der Hierarchie finden sich die ungelerten Arbeiterpositionen. Die Mittelkategorien der Selbstständigen, einfachen und mittleren Angestellten bzw. Beamten, der Facharbeiter und der Landwirte lassen sich hingegen kaum in eine eindeutige Hierarchie bringen. Daher werden diese Kategorien auf der gleichen Hierarchiestufe angeordnet. Mit dieser vierstufigen Hierarchie werden nun in Tabelle 4 die Auf- und Abstiege von Männern und Frauen untersucht³.

Wenig Veränderungen in der Gesamtmobilität, aber mehr Aufstiege für Frauen

Die erste Zeile (Gesamtmobilität) in Tabelle 4 gibt an, welcher Anteil der Männer bzw. Frauen in den jeweiligen Zeiträumen eine andere Position einnehmen als ihr Vater. Insgesamt verändert sich das Ausmaß der Gesamtmobilität kaum. Die deutlich höhere Mobilität von Frauen resultiert - wie oben gesehen - aus den Unterschieden in der Beschäftigungsstruktur von Männern und Frauen. Die Gesamtmobilität lässt sich in eine vertikale und eine horizontale Mobilität unterteilen. Die vertikale Mobilität gibt an, wie groß der Anteil derer ist, die eine Hierarchiestufe überwinden, z.B. wenn ein Sohn eines Landwirts qualifizierter Angestellter wird. Horizontale Mobilität beschreibt den Anteil derer, die zwar nicht die gleiche Position wie der Vater innehaben, die aber auf der gleichen Hierarchiestufe geblieben sind, z.B. wenn ein Sohn eines Landwirts Facharbeiter wird. Bei den Männern nimmt der Anteil an vertikaler Mobilität über die Zeit hinweg zu, während er bei Frauen eher um das Ausgangsniveau schwankt. Bei der horizontalen Mobilität ergeben sich für Frauen deutlich höhere Raten, was vor allem an den Arbeiteröchtern liegt, die einfache Angestelltenpositionen eingenommen haben. Während die horizontale Mobilität bei den Männern über die Zeit um ein Fünftel abnimmt, schwanken bei den Frauen auch hier die Werte um das Ausgangsniveau. Daher nimmt bei den Männern das Verhältnis zwischen vertikaler und horizontaler Mobilität über die Zeit hinweg deutlich zu (von 1,7 auf 2,3), während es bei Frauen weitgehend konstant bleibt.

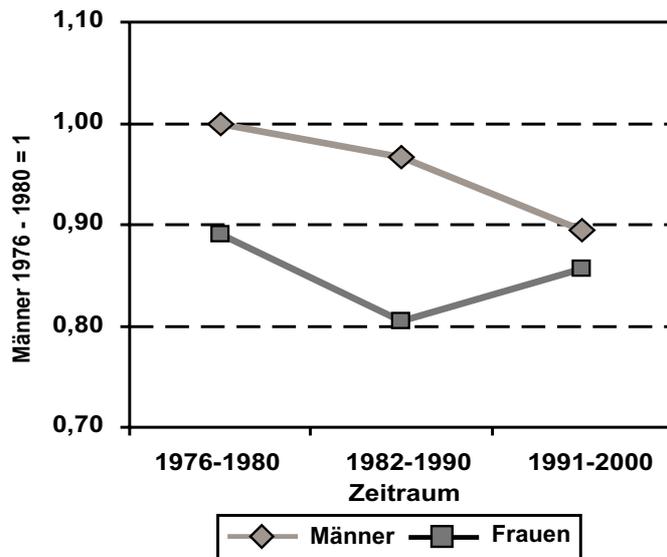
Von Interesse ist nun, ob es sich bei den vertikalen Mobilitäts Erfahrungen eher um Aufstiege in bessere Positionen oder um Abstiege in schlechtere Positionen gehandelt hat. Die letzten drei Zeilen von Tabelle 4 zeigen für Männer sowohl eine Zunahme sozialer Aufstiege (von 29% auf 33%) als auch eine Zunahme sozialer Abstiege (von 13% auf 14%), wodurch das Verhältnis von Auf- und Abstiegen praktisch konstant bleibt. Bei den Frauen hingegen kommt es zu einer sehr deutlichen Zunahme von sozialen Aufstiegen. Die Aufwärtsmobilität steigt um fast ein Drittel an. Der Anteil

Tabelle 4: Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten

| | Männer | | | Frauen | | |
|---|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 | 76 – 80 | 82 – 90 | 91 – 00 |
| Gesamtmobilität (%) | 66 | 67 | 68 | 75 | 75 | 76 |
| <i>Gesamtmobilität umfasst:</i> | | | | | | |
| Vertikale Mobilität (%) | 41 | 43 | 47 | 41 | 40 | 43 |
| Horizontale Mobilität (%) | 25 | 23 | 21 | 33 | 35 | 33 |
| <i>Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität</i> | 1,7 | 1,9 | 2,3 | 1,2 | 1,1 | 1,3 |
| <i>Vertikale Mobilität umfasst:</i> | | | | | | |
| Aufwärtsmobilität (%) | 29 | 30 | 33 | 18 | 20 | 25 |
| Abwärtsmobilität (%) | 13 | 13 | 14 | 23 | 20 | 18 |
| <i>Verhältnis Aufstiege/Abstiege</i> | 2,3 | 2,2 | 2,3 | 0,8 | 1,0 | 1,4 |

Datenbasis: Mobilitätsdatensatz 1976 – 2000.

Graphik 1: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position



Datenbasis: Mobilitätsdatensatz 1976 - 2000.

von sozialen Abstiegen dagegen sinkt zwischen 1976 und 2000 deutlich, von 23% auf 18%. Hatten Ende der 1970er-Jahre Frauen im Vergleich zu ihren Vätern eher schlechtere als bessere Positionen inne, änderte sich das Bild in den 1990er-Jahren. Frauen erfahren nun im Vergleich zur Position des Vaters eher soziale Aufstiege als soziale Abstiege. Dies kann zum einen auf die gesunkene Vererbung unvorteilhafter ungelerner Arbeiterpositionen zurückgeführt werden, zum anderen auf die leicht gestiegene Weitergabe von vorteilhaften gehobenen oder gar leitenden Angestellten- bzw. Beamtenpositionen der Väter an ihre Töchter.

Mehr soziale Durchlässigkeit bei Männern und Frauen

Die bisher dargestellten Ergebnisse spiegeln die Mobilitätsenerfahrungen von Männern und Frauen seit Mitte der 1970er-Jahre wider. Neben anderen Faktoren war der in dieser Zeit stattfindende wirtschaftliche Strukturwandel eine wichtige Ursache dafür, dass Söhne oder Töchter eine andere gesellschaftliche Position besetzen als ihre Väter. Ein spezifisches Ziel der Mobilitätsanalyse ist es, den Einfluss dieses Strukturwandels - der generell eher Aufstiegs-mobilität verursacht hat - zu kontrollieren und den Effekt der sozialen Herkunft auf die eigene Position unabhängig von den Veränderungen der Berufsstruktur zu bestimmen. Dies gelingt, indem man nicht die bisherigen Mobilitätsraten verwendet, sondern die Chancenverhältnisse zwischen Personen aus zwei unterschiedlichen Herkunftspositionen untersucht. Beispielsweise hatte Ende der 1970er-Jahre ein Sohn eines leitenden Angestellten tatsächlich eine fast 900-mal höhere Chance, selbst leitender Angestellter zu werden, als ein Sohn eines ungelerneten Arbeiters. Entsprechende Chancenverhältnisse wurden für alle denkbaren Kombinationen von Berufspositionen berechnet und in einem Modell zusammengefasst, dessen Ergebnis in Gra-

fik 1 dargestellt ist⁴. Der Wert auf der y-Achse gibt die Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position wieder. Dieser Zusammenhang wurde für Männer im Zeitraum 1976-1980 auf „1,00“ normiert. Die Abweichung zu diesem Wert kann als prozentuale Veränderung interpretiert werden. Für Männer bedeutet dies, dass der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Position - bereinigt von strukturellen Einflüssen - über die Zeit hinweg abnimmt, zwischen Ende der 1970er-Jahre und den 1990er-Jahren um insgesamt 11% (von 1,0 auf 0,89). Das bedeutet, dass es zu mehr sozialer Durchlässigkeit und damit zu mehr sozialer Chancengleichheit kam. Bei Frauen ist die Entwicklung weniger eindeutig. Generell hat die soziale Herkunft bei Frauen in Bezug auf die eigene berufliche Position eine geringere Bedeutung als bei Männern. Die Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und der beruflichen Position der Frauen schwankt jedoch über die Zeit. Während in den 1980er-Jahren der Zusammenhang deutlich abnahm, kehrte sich diese Entwicklung in den 1990er-Jahren wieder um, so dass die Stärke des Zusammenhangs fast wieder das Ausgangsniveau erreichte. Generell kann aber dennoch auch für Frauen von einer leichten Abnahme des Zusammenhangs und damit von einer Zunahme der sozialen Durchlässigkeit gesprochen werden.

Fasst man die Befunde zur sozialen Mobilität für das letzte Vierteljahrhundert zusammen, fallen vier Dinge auf: Erstens kommt es trotz fortschreitenden Strukturwandels nicht zu einem deutlichen Anstieg der Gesamtmobilität in Westdeutschland, die Gesamtmobilitätsrate steigt allenfalls leicht an. Zweitens zeigen sich innerhalb bestimmter beruflicher Positionen Homogenisierungs- (Arbeiter) oder Heterogenisierungstendenzen (Selbstständige) im Hinblick auf die soziale Herkunft. Drittens findet man bei Männern von Beginn an mehr so-

ziale Aufstiege als soziale Abstiege. Für Frauen gilt dies erst in den 1990er-Jahren. Viertens wird mit Hilfe des Vergleichs von Chancenverhältnissen deutlich, dass über die Zeit hinweg insbesondere für Männer, aber auch für Frauen, die soziale Durchlässigkeit leicht zugenommen hat. Eine Ursache hierfür ist die moderat abnehmende Bildungsungleichheit (Pollak 2001). Die eingangs erwähnte öffentliche Diskussion über Bildungsungleichheit kann daher hilfreich sein, mehr Chancengleichheit im Bildungswesen und damit auch in der Gesellschaft insgesamt zu bewirken.

- 1 Im Einzelnen besteht die Datenbasis aus dem kumulierten ALLBUS 1980-2000 (ZA 1795, ZA 3451), der ZUMA-Standarddemographie (1976-1982, ZA 1233) sowie den Samples A, B, E und F des sozio-ökonomischen Panels (SOEP-Group 2001) als quasi-Querschnittsdatensatz. Für Frauen wurde das Sample F des SOEP bisher noch nicht eingeschlossen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrachtet, die zum Befragungszeitraum zwischen 20 und 64 Jahre alt waren.
- 2 Hat eine Person gegenwärtig keine berufliche Stellung (z.B. arbeitslos), so werden die Angaben zur letzten beruflichen Stellung verwendet.
- 3 Dabei orientiert sich die Berechnung der Tabelle an Erikson und Goldthorpe (1992: 195)
- 4 Es handelt sich hierbei um ein log-lineares uniform change Modell.

Brauns, Hildegard, Haun, Dietmar, Steinmann, Susanne, 1997: *Die Konstruktion eines international vergleichbaren Klassenschemas (EGP). Erwerbsstatistische Besonderheiten am Beispiel von Labour Force Surveys der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und Ungarns. MZES-Arbeitspapier, Arbeitsbereich I, Nr. 22. Mannheim.*

Erikson, Robert, Goldthorpe, John H., 1992: *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies. Oxford: Clarendon Press.*

Pollak, Reinhard, 2001: *Bildung und soziale Mobilität in Deutschland. Institutionelle und historische Ursachen für die Entwicklung sozialer Mobilität über fünf Geburtskohorten 1920-1969. Diplomarbeit. Universität Mannheim.*

SOEP Group, 2001: *The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years - Overview, S. 7-14 in: Elke Holst, Dean R. Lillard und Thomas A. DiPrete (eds.), Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000), Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 70.*

Reinhard Pollak, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)
Tel. 0621/181-2044
rpollak@uni-mannheim.de

Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen

Analysen zur Betreuung und Pflege alter Menschen in den Ländern der Europäischen Union

Zur Zeit gibt es in Deutschland rund 2 Millionen Pflegebedürftige, d.h. Leistungsempfänger der Pflegeversicherung (Statistisches Bundesamt 2001). Vorausschätzungen gehen von einem Anstieg der Pflegebedürftigen um rund 1 Million bis zum Jahr 2020 aus, und bis zum Jahr 2050 wird mit insgesamt 4,7 Millionen Pflegebedürftigen gerechnet (Schulz et al. 2001). Aufgrund der Alterung der Bevölkerung sind in fast allen europäischen Ländern ähnliche Entwicklungen zu erwarten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß¹. Es stellt sich die Frage, wie der wachsende Bedarf an Pflege und Betreuung alter Menschen zukünftig gedeckt werden kann, insbesondere wie sich die Lastverteilung zwischen Familien, professionellen ambulanten Diensten und institutioneller Langzeitpflege in den einzelnen Ländern gestalten wird. Der vorliegende Beitrag untersucht anhand der Daten des Eurobarometers und des Europäischen Haushaltspanels² einige für diese Frage relevante Einstellungs- und Verhaltensindikatoren und diskutiert die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Die Analysen konzentrieren sich auf Deutschland im Vergleich zu den skandinavischen EU-Ländern auf der einen und den südeuropäischen EU-Ländern auf der anderen Seite. Diese beiden Ländergruppen bilden die Extreme in einer Klassifikation der EU-Länder nach der Konfiguration der wohlfahrtsproduzierenden Institutionen - Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat und Familie (Vogel 1999). Die nordischen Länder sind durch eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen, umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Leistungen, aber schwache familiäre Bindungen charakterisiert, während die südeuropäischen Länder durch ein vergleichsweise geringes Beschäftigungsniveau der Frauen, begrenzte wohlfahrtsstaatliche Leistungen, aber starke traditionelle Familienstrukturen gekennzeichnet sind. Deutschland nimmt in dieser Klassifikation zusammen mit anderen mitteleuropäischen Ländern eine mittlere Position ein³. Im Hinblick auf die Betreuung und Pflege alter Menschen ist zu erwarten, dass familiäre Leistungen in den südeuropäischen Ländern eine höhere und in den nordeuropäischen Ländern eine geringere Bedeutung als in Deutschland haben.

Zunächst soll der Stellenwert der institutionellen Pflege in den einzelnen Ländern betrachtet werden. Die Inanspruchnahme stationärer Einrichtungen ist in den skandinavischen Ländern vergleichsweise hoch, in den südeuropäischen Ländern dagegen vergleichsweise gering, während Deutschland eine Mittelposition einnimmt. Ende 2000 wurden in Schweden 8,6%, in Finnland 6,8%, in Norwegen 11,8% und in Dänemark 9,0% der 65-jährigen und älteren Menschen in Institutionen betreut (NOSOSCO 2002: 134). In den südeuropäischen Ländern wird hingegen nur ein geringer Anteil alter Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt. Aus den wenigen dazu vorliegenden empirischen Informationen für die frühen 90er-Jahre kann man von Anteilen zwischen 0,6% in Griechenland (Baldock/Ely 1996) und 3,9% in Italien (Jacobzone 1999) ausgehen. Für Deutschland wird der Anteil der in Heimen lebenden 65-jährigen und älteren Personen mit 5% angegeben (BMFSFJ 2002).

Gegen eine zukünftig stärkere Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen sprechen zum einen die hohen Kosten dieser Versorgungsart, zum anderen der Verlust an Selbstbestimmtheit und Privatheit, der mit dem Leben im Heim im Allgemeinen verbunden ist. Aus diesen Gründen zielt auch die offizielle Politik in den meisten EU-Ländern auf einen Vorrang der häuslichen gegenüber der stationären Pflege ab.

Nur eine Minderheit der Europäer präferiert stationäre Langzeitpflege

Von Bedeutung für die zukünftige Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen dürften darüber hinaus auch die Einstellungen der Bevölkerung zu einer Versorgung im Heim sein. Darüber geben die im Rahmen einer Eurobarometer-Untersuchung erhobenen präferierten Formen der Betreuung im Falle der Pflegebedürftigkeit eines alleinlebenden Elternteils Aufschluss. In allen Ländern würde nur eine Minderheit eine Betreuung des Vaters oder der Mutter im Heim einer Betreuung durch die Familie oder durch ambulante Dienste vorziehen (Graphik 1). Am seltensten wird diese Möglichkeit in den südeuropäischen Ländern als beste Lösung betrachtet. Auch in Deutschland ist die Zustimmung gering. Nur etwa jeder zehnte Deutsche befürwortet die Pflege in einer stationären Einrichtung. Deutlich höhere Anteile findet man in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden und in Dänemark. Hier bestehen jedoch signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen. Befragte im Alter der derzeit pflegenden Töchter/Söhne (45-64-Jährige) präferieren in stärkerem Umfang eine Betreuung der Eltern im Heim als jüngere Befragte (18-44-Jährige). Inwieweit diese Unterschiede einen Wandel der Einstellungen in der Generationenfolge bedeuten oder aber durch die sich im

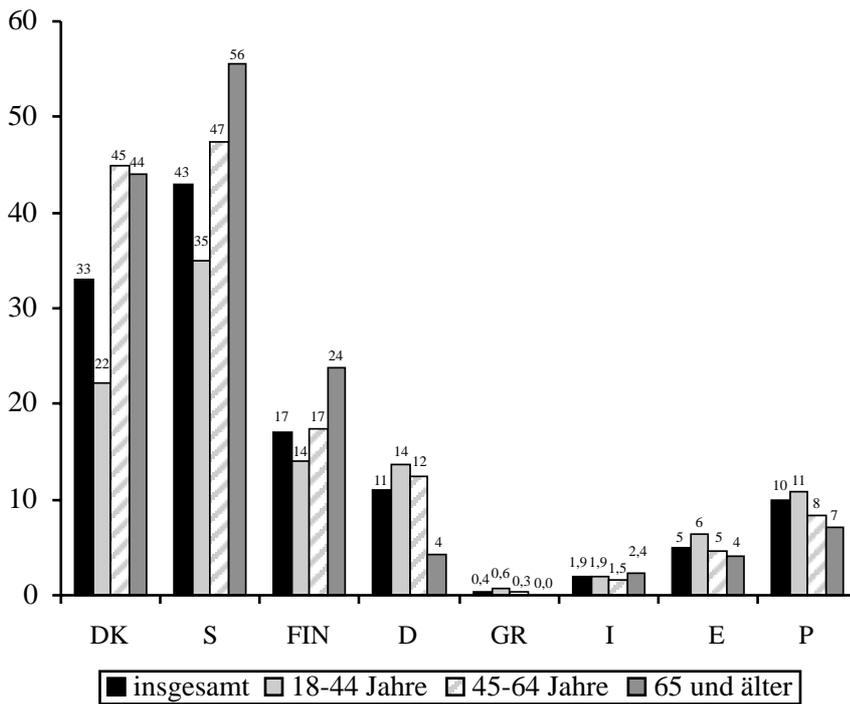
Lebensverlauf verändernde Aktualität des Problems der Pflegebedürftigkeit der Eltern bedingt sind, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht klären. Aber auch ungeachtet dessen erscheint eine zukünftig stärkere Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen, folgt man den Präferenzen der Bevölkerung insgesamt, wenig wahrscheinlich. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass entgegen den Wünschen der Betroffenen eine stationäre Versorgung aufgrund der faktischen Situation oft unumgänglich ist. So könnten Entwicklungen wie eine Zunahme der Anteile schwerpflegebedürftiger und dementer alter Menschen, die aufgrund des wachsenden Anteils sehr alter Menschen (über 80 Jahre) zu erwarten ist, zu einer erhöhten Nachfrage nach Plätzen in Pflegeheimen führen.

Wenn eine möglichst geringe Rolle des stationären Sektors bei der Pflege alter Menschen angestrebt wird, dann stellt sich die Frage, inwieweit die Familien die zunehmenden Pflegeanforderungen bewältigen können. Die Familie gilt in allen europäischen Ländern als der wichtigste Leistungsträger bei der Pflege alter Menschen. Doch demographische Entwicklungen wie der Rückgang von Eheschließungen und Geburten und die wachsende Häufigkeit von Scheidungen schränken die Möglichkeiten einer Betreuung im Rahmen familialer Netzwerke zunehmend ein. In der wissenschaftlichen Diskussion wird auch die Frage aufgeworfen, ob nicht nur die Pflegekapazitäten der Familien geringer werden, sondern auch die Pflegebereitschaft zurückgeht. Argumentiert wird, dass das traditionelle Leitbild einer starken Familiensolidarität mit einer familialen Verpflichtung zur Pflege zunehmend an Bedeutung verliert und mit der Erwerbsorientierung der Frauen konkurriert, die immer weniger bereit sind, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Pflege von Familienangehörigen aufzugeben.

Hohe Pflegebereitschaft der Familien in südeuropäischen Ländern

Über die Bereitschaft zur Betreuung und Pflege von Familienangehörigen geben mehrere Einstellungsindikatoren des Eurobarometers Aufschluss: die Wahrnehmung der Betreuung älterer Familienmitglieder als eine der Hauptaufgaben von Familien, die Bewertung der Vorstellung, zukünftig stärker dadurch beansprucht zu werden, und die Bereitschaft, im Bedarfsfall einen hilfebedürftigen Elternteil im eigenen Haushalt zu versorgen. Wie erwartet sind große Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten (Tabelle 1). So betrachten in den meisten südeuropäischen Ländern, aber auch in Deutschland mehr als 40% der Befragten die Betreuung älterer Familienmitglieder als eine der Hauptaufgaben der Familie, während dies in den skandinavischen Ländern höchstens 30% sind. Auch der Vorstellung, dass Erwerbstätige in Zukunft in stärkerem Maße ihre Eltern betreuen müssen als dies heutzutage der Fall ist, steht die große Mehrheit der Südeuropäer positiv gegenüber. Nur

Graphik 1: Befürwortung einer Betreuung der Eltern im Heim (in Prozent)¹



1) Frage : „Einmal angenommen, Sie hätten einen älteren Vater oder eine ältere Mutter, der bzw. die alleine lebt. Was wäre Ihrer Meinung nach das Beste, wenn er/sie sich nicht mehr länger selbst versorgen kann?“ Antwortkategorien: 1. „Ich selbst oder jemand von meinen Geschwistern sollte meinen Vater oder meine Mutter bei sich aufnehmen.“ 2. „Ich selbst oder jemand von meinen Geschwistern sollte bei meinem Vater oder meiner Mutter einziehen.“ 3. „Einer von beiden sollte in die Nähe des anderen ziehen.“ 4. „Mein Vater oder meine Mutter sollte in ein Altersheim oder Pflegeheim ziehen.“ 5. „Mein Vater oder meine Mutter sollte zu Hause wohnen bleiben und sich dort sowohl besuchen lassen als auch ambulante Pflege erhalten.“ 6. „Es kommt darauf an.“ 7. „Weiß nicht“. Angegeben ist der Anteil der Befragten in Antwortkategorie 4.

Datenbasis: Eurobarometer 50.1, 1998.

zwischen 5% (Griechenland) und 11% (Spanien) der Befragten der südeuropäischen Länder halten dies explizit für eine schlechte Sache, während es in den skandinavischen Ländern zwischen 37% (Dänemark) und 46% (Schweden) sind. Die Antworten der Deutschen fallen weniger negativ aus als in Skandinavien, aber bei weitem nicht so positiv wie in den südeuropäischen Ländern. Ein starkes Gefühl der familialen Verpflichtung insbesondere in den südeuropäischen Ländern zeigt sich darüber hinaus in den Verhaltensdispositionen im Falle der Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit eines alleinstehenden Elternteils. Mehr als 70% der Spanier und der Portugiesen, zwei Drittel der Griechen und mehr als die Hälfte der Italiener wären zu einer Betreuung innerhalb der Familie bereit, während es in Deutschland nur 43% und in den skandinavischen Ländern lediglich zwischen 10% und 13% der Befragten sind.

Informelle Betreuung in nord- und südeuropäischen Ländern etwa gleich häufig, aber unterschiedliche zeitliche Beanspruchung

Die unterschiedlichen Wertorientierungen und Einstellungen in den Ländern spiegeln sich auch in objektiven Indikatoren zur Betreuung alter Menschen wider. In Dänemark, Finnland und in Deutschland wohnen alte Menschen

ohne Partner zu wesentlich höheren Anteilen allein als in den südeuropäischen Ländern (Graphik 2). Dort leben sie vergleichsweise häufig auch mit den erwachsenen Kindern zusammen und zwar weitgehend unabhängig davon, ob ein Betreuungsbedarf aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen vorhanden ist oder nicht. Diese Unterschiede in den Lebensformen bedingen, dass alten Menschen in den südeuropäischen Ländern im Bedarfsfall häufiger Hilfe unmittelbar vor Ort zur Verfügung steht als in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern. Daraus lässt sich jedoch keineswegs die Schlussfolgerung ziehen, dass hier seltener Unterstützung geleistet wird. Zwischen den Ländern gibt es keine systematischen Unterschiede in der Gesamthäufigkeit tatsächlich erbrachter informeller Betreuungsleistungen. In allen Ländern bezeichnen 4% bis 6% der Befragten die unentgeltliche Betreuung von hilfebedürftigen alten, kranken oder behinderten Menschen als Teil ihrer täglichen Aufgaben (Tabelle 2). Entsprechend der unterschiedlichen Lebensformen betrifft jedoch in fast allen südeuropäischen Ländern die große Mehrheit der Hilfeleistungen Angehörige des eigenen Haushalts, während die Unterstützung in Deutschland, Finnland und insbesondere in Dänemark eher über Haushaltsgrenzen hinweg geleistet wird.

Weitere Analysen zeigen außerdem, dass es auch in der Intensität der Betreuung deutliche Unterschiede gibt. In den südeuropäischen Ländern wird vergleichsweise viel Zeit für die Betreuung aufgewendet. Die große Mehrheit der Hilfeleistenden wird hier im Durchschnitt mindestens zwei Stunden täglich beansprucht, in Spanien und in Portugal trifft dies beispielsweise für mehr als 80% bzw. 70% zu. In Deutschland dagegen leistet nur etwa die Hälfte und in Dänemark nur etwa ein Drittel der Pflegenden eine so zeitintensive Betreuung (Tabelle 2). Der höhere Zeitaufwand in den südeuropäischen Ländern ist nur zum Teil dadurch bedingt, dass hilfebedürftige Angehörige hier überwiegend im gleichen Haushalt wie die Hilfeleistenden leben und sich dadurch auch mehr Gelegenheiten zur Unterstützung bieten und mehr Zeit für die Betreuung zur Verfügung steht. Die zeitliche Beanspruchung durch informelle Hilfe ist in den südeuropäischen Ländern insbesondere dann deutlich stärker als in den skandinavischen Ländern und in Deutschland, wenn die unterstützte Person in einem anderen Haushalt lebt. Diese Unterschiede dürften zumindest teilweise darauf zurückzuführen sein, dass in den südeuropäischen Ländern professionelle ambulante Dienste, die die Angehörigen bei der Betreuung und Pflege von Hilfebedürftigen entlasten könnten, in vergleichsweise geringem Umfang zur Verfügung stehen.

In allen Ländern, aber insbesondere in Südeuropa, wird die Betreuung und Pflege von Angehörigen überwiegend von Frauen übernommen. Für eine nicht unbedeutende Minderheit dieser Frauen ist dies mit beruflichen Einschränkungen oder einem vollständigen Verzicht auf Erwerbstätigkeit verbunden (Tabelle 2). Am häufigsten trifft dies für Frauen in Portugal und in Spanien zu, wo fast 40% bzw. mehr als ein Viertel der pflegenden Frauen im erwerbsfähigen Alter aufgrund der zeitaufwendigen Betreuung in verringertem Umfang oder gar nicht erwerbstätig sind.

Jüngere Generationen sehen geringere Verantwortlichkeit der Familien für die Betreuung alter Menschen

Im Vergleich verschiedener Generationen lassen sich jedoch gerade in Südeuropa, aber auch in Deutschland Unterschiede in den Einstellungen zur familialen Pflege feststellen. So ist der Anteil derjenigen, die die Pflege älterer Menschen als Aufgabe der Familien betrachten, unter den 18-44-Jährigen in Deutschland und in den meisten südeuropäischen Ländern geringer als in höheren Altersgruppen (Tabelle 1). Auch die Einschätzung, dass zukünftig eine stärkere Betreuung der Eltern durch ihre Kinder erforderlich sein kann, wird von den jüngeren Generationen in diesen Ländern negativer bewertet als von den älteren Generationen. Mit Ausnahme der Italiener wären sie auch in geringerem Maße zur Pflege der Eltern im eigenen Haushalt bereit. Wie zuvor lässt sich anhand der Daten nicht entscheiden, ob die Unterschiede zwischen den Altersgrup-

Tabelle 1: Indikatoren der Pflegebereitschaft von Familien in ausgewählten europäischen Ländern

| | DK | S | FIN | D | GR | I | E | P |
|--|------|----|-----|----|----|----|----|----|
| | in % | | | | | | | |
| Pflege als eine der Hauptaufgaben der Familien ¹ | | | | | | | | |
| Insgesamt | 27 | 30 | 29 | 42 | 42 | 29 | 41 | 44 |
| 18 – 44 | 28 | 32 | 34 | 39 | 39 | 28 | 38 | 42 |
| 45 – 64 | 28 | 27 | 28 | 45 | 43 | 29 | 47 | 49 |
| 65+ | 25 | 29 | 22 | 48 | 51 | 35 | 43 | 43 |
| Zukünftig stärkere Betreuung der Eltern ² | | | | | | | | |
| Negativ | 37 | 46 | 40 | 15 | 5 | 6 | 11 | 7 |
| Positiv | 47 | 30 | 39 | 49 | 89 | 77 | 59 | 62 |
| 18 – 44 | 58 | 27 | 37 | 41 | 85 | 75 | 55 | 58 |
| 45 – 64 | 39 | 31 | 38 | 54 | 92 | 75 | 62 | 65 |
| 65+ | 29 | 33 | 45 | 59 | 95 | 82 | 66 | 66 |
| Zur Pflege eines Elternteils im eigenen Haushalt bereit ³ | | | | | | | | |
| Insgesamt | 10 | 10 | 13 | 43 | 67 | 55 | 74 | 71 |
| 18 – 44 | 13 | 12 | 13 | 37 | 60 | 57 | 70 | 69 |
| 45 – 64 | 5 | 9 | 14 | 45 | 73 | 49 | 78 | 75 |
| 65+ | 7 | 9 | 12 | 55 | 78 | 60 | 77 | 76 |

1) Frage: „Was sind für Sie persönlich die Hauptaufgaben einer Familie?“ Anteil der Befragten, die dem Item „Für ältere Familienmitglieder sorgen“ zustimmen. 2) Frage „In der Zukunft müssen sich berufstätige Erwachsene möglicherweise mehr um ihre Eltern kümmern, als dies heute der Fall ist. Ist dies Ihrer Ansicht nach eher eine gute Sache oder eher eine schlechte Sache?“ Antwortkategorien: „eher eine gute Sache“, „eher eine schlechte Sache“, „weder gut noch schlecht“, „weiß nicht“. 3) Frage s. Graphik 1; Anteil der Befragten in Antwortkategorie 1

Datenbasis: Eurobarometer 50.1, 1998.

pen Indikatoren für eine verminderte Pflegebereitschaft der zukünftigen Generationen in Deutschland und in den südeuropäischen Ländern sind oder Veränderungen der Einstellungen im Lebensverlauf widerspiegeln.

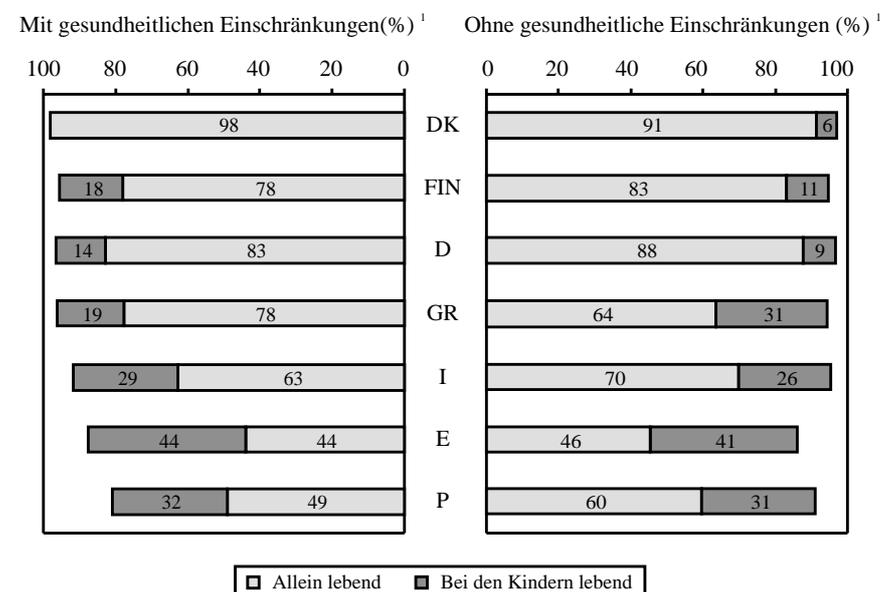
Wenn sich das Pflegepotential der Familien aufgrund demographischer Entwicklungen oder auch eines Wandels der Einstellungen zur Verantwortlichkeit der Familien verringert, dann ist ein weiterer Ausbau professioneller Angebote der ambulanten Altenhilfe unbedingt erforderlich, will man eine vermehrte Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen vermeiden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass in den südeuropäischen Ländern ein bisher nur geringes Angebot an ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten vorhanden ist, so dass insbesondere hier eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden muss, um dem wachsenden Hilfe- und Pflegebedarf genügen zu können. In Skandinavien existiert dagegen ein gut ausgebautes Netz von sozialen Diensten für ältere Menschen, das von den Kommunen bereitgestellt und aus Steuermitteln finanziert wird. Dem hohen Versorgungsniveau entspricht eine im europäischen Vergleich starke Inanspruchnahme häuslicher Pflegedienste. Das mit Abstand höchste Niveau findet man dabei in Dänemark, mit einem Anteil von fast 25% der 67-Jährigen und Älteren, die im Jahr 2000 auf die Hilfeleistungen ambulante Dienste zurückgegriffen haben (NOSOSCO 2002: 135). Kein anderes Land in Europa wendet mehr öffentliche Mittel für die ambulante Pflege auf.

Im Vergleich zur Situation in den südeuropäischen Ländern ist man in Deutschland seit

Einführung der Pflegeversicherung, sowohl was die Finanzierung als auch die Angebote an ambulanter Pflege betrifft, sicher ein gutes Stück voraus. Die Zahl ambulanter Pflege- und Hilfsdienste ist seit Bestehen der Pflegeversicherung deutlich gestiegen, und es wird gegenwärtig von einem ausreichenden Angebot ausgegangen. Die Pflegeversicherung deckt jedoch längst nicht alle Kosten der Pflege. Zum einen erhalten nicht alle Hilfebedürftigen Lei-

stungen aus der Pflegeversicherung und zum anderen reichen die erhaltenen Mittel selten aus, um alle Kosten zu begleichen. So erhielten nach einer Infratest-Repräsentativhebung des Jahres 1998 17% der in Privathaushalten lebenden Pflegebedürftigen keine Leistungen aus der Pflegeversicherung und fast zwei Drittel der Leistungsbezieher in privaten Haushalten mussten einen Teil der Kosten selbst finanzieren (Schneekloth/Müller 2000).

Graphik 2: Lebensformen der in Privathaushalten lebenden 65-jährigen und älteren Menschen ohne Partner



1) Befragte, die durch gesundheitliche Probleme bei ihren täglichen Aktivitäten behindert sind.

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 1998 (Deutschland 1996, Finnland 1997).

Tabelle 2: Häufigkeit, Intensität und Leistungsträger der informellen Betreuung hilfebedürftiger Personen in ausgewählten europäischen Ländern

| | DK | FIN | D | GR in % | I | E | P |
|--|----|-----|----|------------|----|----|----|
| Tägliche Betreuung Hilfebedürftiger ¹ davon: | 6 | 5 | 6 | 4 | 6 | 5 | 5 |
| Hilfebedürftige(r) lebt im gleichen Haushalt | 29 | 48 | 45 | 68 | 51 | 68 | 83 |
| Zeitaufwand von mind. 14 Std./Woche | | | | | | | |
| Insgesamt | 33 | 38 | 52 | 64 | 59 | 83 | 71 |
| Hilfebedürftige(r) im gleichen Haushalt | 57 | 71 | 75 | 67 | 78 | 93 | 75 |
| Hilfebedürftige(r) in anderem Haushalt | 22 | 13 | 33 | 57 | 43 | 62 | 50 |
| Anteil der Frauen unter den Helfenden | 64 | 59 | 68 | 79 | 69 | 71 | 89 |
| davon: mit Verzicht auf / Einschränkung der Erwerbstätigkeit ² | 14 | 5 | 15 | 13 | 14 | 28 | 40 |

1) Frage: Gehört die Betreuung von Personen, die durch ihr Alter, durch Krankheit oder aufgrund von Behinderung spezielle Hilfe brauchen, gegenwärtig zu Ihren täglichen Arbeiten? Lebt diese Person bzw. leben diese Personen in Ihrem Haushalt oder woanders?

2) Frage: „Hindern Sie diese Aufgaben der Betreuung oder Pflege von Kindern oder anderen Personen daran, einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachzugehen bzw. in dem Umfang einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wie Sie es eigentlich gerne tun würden? Angegeben ist der Anteil der Ja-Antworten unter den Frauen unter 65 Jahren, die keine Kinder, aber eine andere Person betreuen.“

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 1998 (Deutschland 1996, Finnland 1997).

Aufgrund dieser Befunde kann durchaus auch angenommen werden, dass hilfe- und pflegebedürftige alte Menschen ambulante Dienste nicht selten aus finanziellen Gründen nicht oder nicht im erforderlichen Umfang nutzen können. Wenn schon heute die Leistungen der Pflegeversicherung keine ausreichende Versorgung gewährleisten, dann erscheint es fraglich, ob das Problem des zunehmenden Pflege- und Betreuungsbedarfs mit den derzeit bestehenden Regelungen des Zugangs zu Leistungen der Pflegeversicherung und der Finanzierung der Pflege in Zukunft angemessen bewältigt werden kann. Angesichts schwindender finanzieller Rücklagen der Pflegekassen, die bereits die Aufrechterhaltung des bisherigen Leistungsumfangs problematisch machen, ist an eine Ausweitung der Leistungen nicht zu denken. Es zeichnet sich vielmehr ab, dass der bisherige Beitragssatz von 1,7% nicht ausreichen wird, um die zunehmende Zahl von Pflegebedürftigen zu versorgen, so dass auch bei der Pflegeversicherung grundlegende Reformen erforderlich erscheinen (vgl. z.B. Meyer-Timpe 2002). Die von der Bundesregierung berufene „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ wird sich deshalb auch mit der Pflegeversicherung befassen und in den nächsten Monaten Reformvorschläge erarbeiten müssen, die die Pflege langfristig sichern können.

1 *Bereits heute gibt es hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU. Bevölkerungsvorausschätzungen für das Jahr 2050 kommen auf einen Anteil der 60-jährigen und älteren Bevölkerung von 38,1% in Deutschland gegenüber 23,2% im Jahr 2000. Die niedrigsten Anteile der 60-Jährigen und Älteren werden für Luxemburg (25,2%; 2000: 19,4%) und Irland (27,6%; 2000: 15,2%) prognostiziert, während in Spanien (44,1%; 2000: 21,8%) und*

Italien (42,3%; 2000: 24,1%) die höchsten Anteile erwartet werden (United Nations 2001).

2 *Das Eurobarometer ist eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, die im Auftrag der Europäischen Kommission zweimal jährlich in den Mitgliedsländern der EU durchgeführt wird. Das Europäische Haushaltspanel ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von Personen in Privathaushalten, die von Eurostat jährlich zwischen 1994 und 2001 in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU, mit Ausnahme von Schweden, durchgeführt wurde.*

3 *In den nachfolgenden Analysen werden die übrigen mitteleuropäischen Länder jedoch ausgeschlossen. Im Rahmen dieses Beitrags kann eine vergleichende Untersuchung aller EU-Länder aus Gründen der Komplexität nicht geleistet werden. Daher werden auch Vergleiche innerhalb der Gruppe der nord- bzw. südeuropäischen Länder aus der Betrachtung ausgeklammert, obwohl hier durchaus zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten sind. Das Forschungsinteresse richtet sich allein auf die Situation in Deutschland im Vergleich zu den nord- und den südeuropäischen Ländern.*

Baldock, John und Ely, Peter, 1996: Social Care for Elderly People in Europe: The Central Problem of Home Care. S. 195-225 in: Brian Munday und Peter Ely (Hg.): Social Care in Europe. London u.a.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (Hg.), 2002: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Jacobzone, Stéphane, 1999: Ageing and Care for Frail Elderly Persons: An Overview of

International Perspectives. OECD, Labour Market and Social Policy Occasional Papers No. 38, Paris.

Meyer-Timpe, Ulrike, 2002: Risse im Denkmal. In: Der Spiegel 47, 2002: 52-58.

Nordic Social-Statistical Committee [NOSOSCO], 2002: Social Protection in the Nordic Countries 2000. Scope, expenditure and financing, Chapter 7, online: <http://www.nom-nos.dk/Nosbook/Chapter7.pdf>.

Schneekloth, Ulrich und Müller, Udo, 2000: Wirkungen der Pflegeversicherung: Forschungsprojekt i.A. d. Bundesministeriums für Gesundheit, durchgeführt von I+G Gesundheitsforschung, München u. Infratest Burke Sozialforschung, München. Baden-Baden (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit; 127).

Schulz, Erika, Leidl, Reiner und Koenig, Hans-Helmut, 2001: Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten: Voraussetzungen bis 2020 mit Ausblick auf 2050, DIW-Wochenbericht 5/01, online: <http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/jahrgang01/>.

Statistisches Bundesamt, 2001: Kurzbericht Pflegestatistik 1999. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. Bonn.

United Nations, 2001: World Population Prospects: The 2000 Revision. New York.

Vogel, Joachim, 1999: The European Welfare Mix: Institutional Configuration and Distributive Outcome in Sweden and the European Union. A Longitudinal and Comparative Perspective, Social Indicators Research 48, No. 3: 245-297.

■ **Regina Berger-Schmitt, ZUMA**
Tel. 0621/1246-248
berger@zuma-mannheim.de

Herausgeber
Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren/>

Verantwortlich für den Inhalt
Dr. Heinz-Herbert Noll
Redaktion
Bernhard Christoph

Satz und Druck
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung
Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastruk-
tureinrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

5th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies:

Challenges for Quality of Life in the Contemporary World

20.-24. Juli 2003

J.W. Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Die fünfte weltweite Konferenz der „International Society for Quality-of-Life Studies“ findet dieses Jahr unter dem Motto „Challenges for Quality of Life in the Contemporary World“ in Frankfurt a.M. statt. Die Konferenz bietet ein internationales und interdisziplinäres Forum zur Präsentation und Diskussion neuer wissenschaftlicher Befunde zu den verschiedensten Fragestellungen aus dem Bereich der Lebensqualitätsforschung. Das Programm der Tagung umfasst neben insgesamt neun Plenarveranstaltungen eine Vielzahl von speziellen Veranstaltungen zu diversen Aspekten der Lebensqualität auch mit Blick auf einzelne Bevölkerungsgruppen. Gegenstand der neun vorgesehenen Plenarveranstaltungen sind die folgenden Themen:

Competing Concepts of Quality of Life

Alex Michalos
michalos@unbc.ca

Elisabeth Wacker
elisabeth.wacker@udo.edu

The Quality of Local Community Life in Modern Societies

Don Rahtz
don.rahtz@business.wm.edu

Joe Sirgy
sirgy@vt.edu

Economic Wealth and Quality of Life

Richard Easterlin
easterl@usc.edu

Richard Hauser
r.hauser@em.uni-frankfurt.de

Measuring the Quality of Societies with Comprehensive Indices

Kenneth Land
kland@soc.duke.edu

Heinz-Herbert Noll
noll@zuma-mannheim.de

The Significance of Family and Social Networks for the Quality of Life

Anne Dannerbeck
dannerbecka@missouri.edu

Ferran Casas
ferran.casas@pas.udg.es

Issues of Quality of Life in Developing and Transition Countries

Valerie Moller
v.moller@ru.ac.za

Nikolai Genov
genov@zedat.fu-berlin.de

The Dynamics of Subjective Well-being

Ed Diener
ediener@s.psych.uiuc.edu

Ruut Veenhoven
veenhoven@fsw.eur.nl

Life Events and the Quality of the Individual Life Course

Robert Cummins
cummins@deakin.edu.au

Michael Argyle
michael.argyle@psy.ox.ac.uk

Global Trends of Quality of Life and Future Challenges

Richard Estes
restes@ssw.upenn.edu

Joachim Vogel
joachim.vogel@scb.se

Besonders hinzuweisen ist auf eine von der Sektion Soziale Indikatoren der DGS organisierte Session zum Thema „Quality of Life in Germany: National Developments and International Comparisons“. Vortragsangebote zu dieser Veranstaltung richten Sie bitte bis zum 28. Februar in Form eines 1/2-seitigen Abstracts an Dr. Heinz-Herbert Noll (noll@zuma-mannheim.de).

Das gesamte Programm und weitere Informationen zu dieser Konferenz sind erhältlich unter www.qualityoflife-2003.de